

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 24. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 14. Dezember 2006 und 20. Dezember 2006
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.30 Uhr / 18.00 - 20.30 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Jaqueline Holzer, HAL Finanzen/Steuern
Gregor Minzer, Stv. HAL Finanzen/Steuern

Gäste:

Entschuldigt (14.12.2006): Dr. Guido Beretta
Ursula Pozivil
Bruno Steiger

Entschuldigt (20.12.2006): Giulio Vögelin
Kurt Kneier
Dr. Ivo Corvini
Dr. Guido Beretta

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 22.11.2006 betreffend
Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die per 31.12.2006
zurücktretende Claudia Hofmann Suleiman

Geschäft 3694

2. Bericht des Gemeinderates vom 20.09.2006 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 23.11.2006 betreffend Voranschlag 2007 der Einwohnerkasse sowie Festsetzung der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises für das Jahr 2007 Geschäft 3672 / A
- 2.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 29.11.2006 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 23.11.2006 zu den Budgetpostulaten Geschäft 3672 B / C
- 2.1.2 Budgetpostulat von Kurt Kneier, CVP-Fraktion, betreffend Pos. 240-318, Dienstleistungen und Honorare, Erhöhung um CHF 25'000.-- Geschäft 3672.1
- 2.1.3 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 300-319, Sachaufwand Kulturförderung Reduktion um CHF 11'500.-- Geschäft 3672.2
- 2.1.4 Budgetpostulat von Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 344-314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte Erhöhung um CHF 18'500.-- Geschäft 3672.4
- 2.1.5 Budgetpostulat der SP/EVP-Fraktion, betreffend Pos. 780-318.00 Dienstleistung und Honorare (Naturschutz) Erhöhung um CHF 15'000.-- Geschäft 3672.5
- 2.1.7 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 113-506.01 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge (Radaranlage) Reduktion um CHF 100'000.-- Geschäft 3672.7
- 2.1.10 Budgetpostulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 140-503.01, Feuerwehrmagazin (Planung) Reduktion um CHF 150'000.-- Geschäft 3672.9
- 2.1.8 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 140-503.01, Feuerwehrmagazin (Planung) Reduktion um CHF 250'000.-- Geschäft 3672.8
- 2.1.9 Budgetpostulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion betreffend Pos. 140-503.01 Feuerwehrmagazin (Planung) Reduktion um CHF 250'000.-- Geschäft 3672.10
- 2.1.11 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Pos. 240-501.01 Parkplatz SZ Neuallschwil Reduktion um CHF 145'000.-- Geschäft 3672.11
- 2.1.12 Budgetpostulat von Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion betreffend Pos. 240-501.01 Parkplatz SZ Neuallschwil Reduktion um CHF 145'000.-- Geschäft 3672.12
- 2.1.13 Budgetpostulat von Kurt Kneier, CVP-Fraktion, betreffend Pos. 240-503.07 Kindergarten Pestalozzi Erhöhung um CHF 1'750'000.-- Geschäft 3672.13

- 2.1.14 Budgetpostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 240-503.07 Kindergarten Pestalozzi
Erhöhung um CHF 1'085'000.-- Geschäft 3672.16
- 2.1.15 Budgetpostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 240-503.07 Kindergarten Pestalozzi
Streichung von CHF 100'000.-- Geschäft 3672.14
- 2.1.16 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 240-503.07 Kindergarten Pestalozzi
Streichung von CHF 100'000.-- Geschäft 3672.15
- 2.1.17 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 344-501.04 Übriger Unterhalt durch Dritte;
Reduktion um CHF 9'500.-- Geschäft 3672.3
- 2.1.18 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 344-501.04 Street-Soccer-Anlage
Streichung von CHF 105'000.-- Geschäft 3672.17
- 2.1.19 Budgetpostulat von Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 344-501.04 Street-Soccer-Anlage
Reduktion um CHF 95'000.-- Geschäft 3672.18
- 2.1.20 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 620-501.48 Öffentliche Beleuchtung, Ersatz 2007
Streichung von CHF 150'000.-- Geschäft 3672.19
- 2.1.22 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 720-501.10 Kreisel Baslerstrasse/Grabenring, Sanierung
Streichung von CHF 120'000.-- Geschäft 3672.21
- 2.1.21 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 710-501.10 Kreisel Baslerstrasse/Grabenring, Sanierung
Streichung von CHF 54'000.-- Geschäft 3672.20
- 2.2 DETAILBERATUNG
- 2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2007
- 2.2.2.1 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion,
betreffend Voranschlag 2007 der Einwohnerkasse
(Festsetzung des Steuerfusses für die Natürlichen Personen)
Festlegung auf 57% der Staatssteuer Geschäft 3672.22

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Protokollführer

.....
Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 24 vom 14./20.12.2006

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Christoph Morat, Präsident des Einwohnerrates, begrüsst die Anwesenden. Er teilt dem Rat mit, dass Sarah Lorenz geheiratet hat und spricht ihr im Namen des Rates die herzlichsten Glückwünsche aus.

Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat von **Ursula Pozivil**, FDP-Fraktion, betreffend „Fehlender Fussgängerstreifen beim Kreisel Binningerstrasse/Fabrikstrasse“ (Geschäft 3702)

Postulat der SP/EVP-Fraktion betr. „Erstellung einer gestuften mittel- und langfristigen Planung der Feuerwehr in Allschwil“ (3698)

Dringliche Motion von **Josua Studer**, SVP-Fraktion, betr. Endaufenthalt der Linie 61 (Geschäft 3699)

Josua Studer begründet die Dringlichkeit wie folgt: Der neue Endaufenthalt der Linie 61 sei bereits von den Medien aufgenommen worden. Er habe den Velostreifen blockiert. Nachdem die Medien sich des Themas angenommen hätten, sei auch umgehend eine Ummarkierung vorgenommen worden. Die Markierung sei nun so, dass der Velostreifen wieder frei sei. Eigentlich sei nun sein Hauptanliegen bereits erfüllt, so dass er eigentlich im Sinn gehabt habe, mindestens auf die Dringlichkeit zu verzichten oder sogar aus der Motion ein Postulat zu machen. Aber die Realität zeige etwas anderes: Als er für die heutige Sitzung ein Foto von einem Bus am Endaufenthalt machen wollen, habe er festgestellt und nachgefragt, dass die Buschauffeure keine „Extrarunde“ zum Endaufenthalt machen würden. Sie fahren lieber mit 4 bis 5 Minuten Verspätung ins Dorf, nur um dort oben an der Schönenbucherstrasse nicht unnütz warten zu müssen. Dies dürfe aber nach seiner Ansicht auch nicht sein. Die Fahrgäste hätten Anspruch auf die Einhaltung des Fahrplanes.

://: Die Dringlichkeit der Motion wird **mit 23:9 Stimmen abgelehnt**.

Traktandenliste

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, beantragt im Hinblick auf die Gewährung einer gewissen Planungsfreiheit des Gemeinderates zum neuen Feuerwehrmagazin, dass das Budgetpostulat von Robert Richner zuerst behandelt werde. Je nach Ausgang der Abstimmung könnten dann die Postulanten Winter und Studer ihre Postulate zu dieser Budgetposition zurückziehen. So könnte man Zeit sparen.

://: Das Traktandum 2.1.10, Budgetpostulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, wird mit grossem Mehr vor das Traktandum 2.1.8 gestellt.

Das **Büro des Einwohnerrates** beantragt das Traktandum 2.1.22 vor das Traktandum 2.1.23 zu stellen.

://: Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, zieht das Budgetpostulat Nr. 3672.6 zurück (Traktandum 2.1.6)

Die Traktandenliste wird gemäss den aufgeführten Änderungen bereinigt.

206 01.024 Wahlbüro

**1. Bericht des Gemeinderates vom 22.11.2006 betreffend
Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die per 31.12.2006
zurücktretende Claudia Hofmann Suleiman Geschäft 3694**

Die SP/EVP-Fraktion nominiert **Monika Quinche** als neues Mitglied des Wahlbüros. Es gibt keine gegenteiligen Anträge.

://: Für die per 31.12.2006 zurücktretende Claudia Hofmann Suleiman wird als Mitglied des Wahlbüros **Monika Quinche in stiller Wahl gewählt.**

Mitteilung an:

Monika Quinche, Wirtsgartenweg 27, 4123 Allschwil (als Wahlanzeige)
Thomas Pfaff, SP-Präsident
Markus Rudolf-von-Rohr, Stv. Gemeindeverwalter (Kommissionsverzeichnis)

207 01.040 Gemeinderat
01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
07.010 Budget

**2. Bericht des Gemeinderates vom 20.09.2006 und der
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 23.11.2006
betreffend Voranschlag 2007 der Einwohnerkasse sowie Festsetzung
der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer und des Wasserpreises
für das Jahr 2007 Geschäft 3672 / A**

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, erläutert das Budget. Der Budgetprozess sei nicht planlos erfolgt. Der Gemeinderat habe sich klare finanzpolitische Ziele gesetzt und danach das Budget ausgerichtet. Basis des Budgetprozesses sei die Finanz- und Leistungsordnung (FILO) der Gemeinde Allschwil. Grundsatz sei wiederum das Zero-Based-Budgeting sowie das Brutto-Verbuchungssystem. Das grosse Ziel sei wieder die Beibehaltung der Sparmassnahmen gewesen. Im Personalbereich und in den beeinflussbaren Beitragskonti seien Sparmassnahmen möglich. Beim Sachaufwand habe man bisher ein Plafond von 8.3 Mio CHF gesetzt. Der Gemeinderat habe dieses aber nicht ausschöpfen müssen, so dass man dieses Jahr von einem Plafond von 8.0 Mio CHF ausgegangen sei. Die Netto-Investitionen habe der Gemeinderat auf 5.8 Mio CHF limitiert. Der Aufbau des Eigenkapitals auf 6 Mio CHF bis ins Jahr 2010, der Abbau der Fremdverschuldung und die Beibehaltung des Steuerfusses seien wichtige Ziele. Der Voranschlag 2007 zeige folgendes Resultat: Es gebe einen Aufwand von 69.5 Mio CHF und einen Ertrag von 69.3 Mio CHF. Dies bedeute einen Mehraufwand von ca. 269'000.-- CHF. Bezüglich der Investitionen habe man Ausgaben von 7.5 Mio CHF und Einnahmen von 2.5 Mio CHF. Dies ergebe die Nettoinvestitionen von rund 5 Mio CHF. Ein Vorjahresvergleich zeige, dass man bezogen auf das Jahr 2007 eine Selbstfinanzierung von 3.2 Mio CHF habe. Der Selbstfinanzierungsgrad sei 63,7%. Dies bedeute aber auch, dass man noch weit vom idealen Selbstfinanzierungsgrad von 100% weg sei. Dieser sei aber notwendig, um Schulden abbauen zu können. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100% bedeute aber immer eine Neuverschuldung. Gegenüber dem Jahr 2006 habe man zwar eine Verbesserung erreicht, es sei aber nicht das Ziel erreicht worden, welches man sich mal gesetzt habe. Der Aufwand habe um 1.6 Mio CHF zugenommen, der Ertrag aber nur um 1.1 Mio. CHF. Die wichtigsten Veränderungen, habe es beim Personalaufwand (plus 1.9%, für Teuerung, Pikett-Entschädigungen der Polizei und Stufenanstieg), beim Sachaufwand (minus 250'000 CHF) gegeben. Bei den eigenen Beiträgen habe es eine Zunahme von 1.5 Mio CHF gegeben. Hier

müsse man auf der Ertragsseite aber auch die Rückerstattungen berücksichtigen. Eine markante Zunahme der eigenen Beiträge habe es aber durch die Kapazitätserweiterung des Alterszentrums gegeben. Ausserdem müssen höhere Sozialhilfekosten budgetiert werden. Bei den Steuern habe man insgesamt eine Zunahme von CHF 30'000.-- zu verzeichnen. Eine genaue Budgetierung sei aber sehr schwierig. Hier sei sehr viel von der Steuerpraxis des Kantons abhängig. Das Steuergesetz für die natürlichen Personen werde auf den Januar 2007 ändern. Dies werde sich direkt auf die Steuersituation der Gemeinde auswirken. Hier rechne man theoretisch mit Mindereinnahmen. Aber das Wirtschaftswachstum und der neue Lohnausweis werden letztlich die Mindereinnahmen kompensieren. Gemeinsam mit den juristischen Personen rechne man mit ca. 48 Mio. CHF Steuereinnahmen. Von 1998 bis 2002 habe man jeweils Verluste verzeichnen müssen. Ab 2002 hätten die Sparmassnahmen des Gemeinderates gegriffen, diese seien richtig gewesen. Trotz dieser Sparmassnahmen müsse man dieses Jahr nochmals mit einem Verlust von CHF 263'000.-- rechnen. Die grossen Schwankungen der Rechnungen seien damit zu erklären, dass man sehr von Kanton und Bund abhängig sei. 85% aller Ausgaben seien nicht beeinflussbar. Eine nachhaltige Verbesserung der Finanzlage sei nur mit einer Erhöhung der Erträge möglich. Die Investitionen 2007 betreffen in der Hauptsache Kindergärten und Schulhaussanierungen sowie das Begegnungszentrum (Restbetrag). Ein weiterer Teil entfällt auf den Investitionsbeitrag zur Erweiterung des Alterszentrums (2. Tranche). Für das Feuerwehrmagazin werde mit Planungskosten gerechnet. Unterhalt und Sanierung Strassen, Wasser- und Kanalisationsanlagen werden ca. 1.6 Mio. CHF im Jahr 2007 benötigen. Wichtig sei jedoch, dass der Gemeinderat mit diesen Investitionen von insgesamt 5 Mio. CHF unter seinem Limit von max. 5.8 Mio CHF bleiben könne. Die Ziele der Finanzplanung konnten mit dem Budget teilweise erreicht werden. Der Steuerfuss könne mit diesem Budget beibehalten werden, ebenso seien die Investitionskosten im Rahmen. Nicht erreicht werden konnten der Aufbau des Eigenkapitals und der Abbau der Fremdverschuldung. Dafür sei der Eigenfinanzierungsgrad zu niedrig. Das Resultat sei daher nur teilweise befriedigend. Es verfrage keine weiteren Ausgaben. Es sei interessant, dass die eingereichten Budgetpostulate sich nur auf 5 oder 6 Themen beschränkten. Dies zeige dem Gemeinderat, dass er offenbar seine Hausaufgaben gemacht habe. Ein Dank sei der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission für die Prüfung des Budgets auszusprechen und ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiter der Verwaltung, welche an der Erstellung des Budgets mitgearbeitet haben.

Die Departementsvorsteherin Finanzen bittet den Einwohnerrat, die Anträge des Gemeinderates zum Budget 2007 zum Beschluss zu erheben.

Verena Meschberger, Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FiReKo), führt aus, ergänzt zum Bericht des Gemeinderates zum Budget 2007, dass die Auflistung aller Investitionskredite und Kredite auf Grund von Sondervorlagen eine gute Übersicht über die Kredite gebe. Diese zusätzliche Aufstellung sei zwar nicht dringend nötig, helfe aber, das Budget zu beurteilen. Im Jahresabschluss müsse man dann aber wohl näher darauf eingehen. Zum Sachaufwand und zu den Investitionen werde es wohl im Rahmen der folgenden Budgetdebatte noch Diskussionen geben. Die Gefahr beim Sachaufwand zu fest zu sparen und dann später überrascht zu sein, dass spätere Sanierungen ungleich teurer kommen, zeige sich dieses Jahr bei den Investitionen. Damit sei bewiesen, dass die FiReKo mit ihren diesbezüglichen Warnungen Recht habe. Es bestehe nämlich die Gefahr, dass der Finanzplan so nicht eingehalten werden könne. Die Nettoinvestitionen mit CHF 5 Mio. seien von Nicole Nüssli-Kaiser positiv bewertet worden. Hier könne es aber noch Änderungen geben, es seien hier die Diskussionen um den Kindergarten Pestalozzi abzuwarten. Die FiReKo vertrete schon lange die Meinung, dass die Gemeinde sich regelmässig Investitionen in Höhe von ca. CHF 6 Mio. jährlich leisten sollte. Das Budget schliesse mit einer „roten 0“ ab. Hierzu gratuliere die FiReKo dem Gemeinderat. Dies sei gelungen, obwohl das Volk, welches ja immer Recht habe, den Gemeinderat und den Einwohnerrat zweimal „im Regen stehen gelassen habe“. Die Wegmatten-Abstimmungen hätten dem Gemeinderat regelmässige Einnahmen von jährlich CHF 1.2 Mio. verwehrt. Dennoch habe es der Gemeinderat fertig gebracht, ein Budget mit einem Verlust von „nur“ CHF 268'000.-- aufzustellen. Dies sei eine gute Leistung. Der

Personen von diesen Mängeln Kenntnis haben. Man habe Türen, die nach innen aufgehen, man habe Stockwerke, in denen weder eine Pausenglocke noch Lautsprecher montiert seien. Kreissägen und Bandsägen im Hobelraum, aber keine Alarmierungsanlagen. Heute Morgen habe er folgendes erlebt: im Musikzimmer gebe es ein Fenster, welches als Notausgang deklariert sei. Das Schloss sei fixiert gewesen und die Türe sei nicht mehr aufgegangen. Durch den „Notausgang“ hätte man also nicht flüchten können. Das Schulhaus sei etwa gleich alt wie er. Die Lichtschalter auf den Gängen seien etwa 19m von den Schultüren entfernt. Er habe den Eltern anlässlich von Elternabenden schon geschrieben, sie mögen doch Taschenlampen mitbringen. Die Alarmierungen seien im Lehrerzimmer, welche abgeschlossen sind. Bei Panik könne es passieren, dass man aus dem Werkraum ohne Schlüssel laufe und dann vor dem Lehrerzimmer vor verschlossener Türe stehe. Es gebe kein Sekretariat in den Primarschulen, alle Lehrer seien in den Klassen. Man sei im Alarmfall nicht erreichbar. Solche Zustände bei anderen öffentlichen Gebäuden, wie Warenhaus, Kino oder Diskothek müssten zur Schliessung führen. Wenn es um Verkehrssicherheit gehe, komme der Verkehrspolizist, in Sachen Zahnschutz komme das „Zahnputzfräulein“, nun wäre es auch angebracht, wenn - wie bereits einmal in seiner Klasse geschehen - die Feuerwehr Aufklärungsarbeit leiste. Er hoffe, man könne mit dem beantragten Geld einiges erreichen. Er hoffe, dass nicht nur die Primarschulen, sondern auch die Sekundarschulen in die Überprüfungen einbezogen werden.

://: Das Budgetpostulat wird mit **29:5 Stimmen überwiesen**.

210 07.010 Budget
 01.065 Partnerschaften; Blaj

**2.1.3 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 300-319, Sachaufwand Kulturförderung
Reduktion um CHF 11'500.-- Geschäft 3672.2**

Josua Studer, SVP-Fraktion, erinnert daran, dass die Partnerschaft mit Blaj immer wieder ein Thema sei. Der Rat habe sich entschieden, dass die Partnerschaften beibehalten werden, aber man habe auch klar entschieden, dass pro Partnerschaft ein Betrag von CHF 10'000.-- genügen solle. Nun, beim nächsten Budget, verlange der Gemeinderat schon wieder mehr Geld. Man habe auch gesehen, dass das Fest mit Pfullendorf einigen mehr gekostet habe als die CHF 10'000.--. Er finde es verrückt, dass nun einige Leute nach Blaj reisen wollen. Der Gemeinderat wisse noch nicht einmal wie viele Personen es sein werden, seitens der Finanzabteilung habe er erfahren, dass es ca. 12 Personen sein werden. Er ist der Ansicht, dass von den budgetierten CHF 10'000.-- sowohl die Transportkosten für die Hilfsgüter als auch die Reise bezahlt werden könnte. Es stünden damit nämlich CHF 8'500.-- für die Reisekosten zur Verfügung. Es sei gesagt worden, dass die Gemeinde die Hälfte der Kosten übernehmen wolle. Nun habe man aber insgesamt CHF 20'000.-- für Blaj budgetiert. Das würde ja bedeuten, dass die Reise, bei einem Kostenanteil von 50% der Gemeinde, total CHF 40'000.-- kosten würde. Das sei ein Wahnsinn. Die SVP-Fraktion sei bereit, CHF 10'000.-- für die Partnerschaft zu akzeptieren, aber nicht mehr.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, stellt fest, dass die Partnerschaften jedes Jahr ein Thema seien. Letztlich ginge es hier aber um relativ kleine Beträge. Es sei doch sehr gut, dass es in der Gemeinde noch Menschen gebe, die sich für die weniger privilegierten Menschen in der Partnerstadt einsetzen würden. Diese Reise sei der Partnerschaft förderlich. Der Betrag sei dafür gedacht, die Reisekosten teilweise zu finanzieren. Wenn nicht alles gebraucht werde, sei dies ja gut. Der Aufenthalt werde ja auch von Privaten unternommen. Die Reise sei nicht nur ein Vergnügen sondern auch mit Strapazen verbunden. Es sei auch richtig, dass man ihnen zeige, dass man sich mit der Partnerschaft verbunden fühle. Die CVP-Fraktion lehne daher das Budgetpostulat ab.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, schliesst sich der Meinung von Mathilde Oppliger an. Sie nimmt Bezug auf ihre damalige Tätigkeit in der kantonalen Spitalkommission. Die Psychiatrische Klinik Hasenbühl habe ein Projekt mit einer Psychiatrischen Klinik in Varna. Auch dort habe man die Erfahrung gemacht, dass der nachhaltige Kontakt mit den Projektpartnern unbedingt notwendig sei, damit die positiven Hilfeleistungen weitergeführt werden. Sie unterstütze daher dieses Jahr den erhöhten Betrag für einen Besuch einer Delegation in Blaj.

Max Amsler, SD-Fraktion, ist der Ansicht, der Gemeindepräsident habe schon vor längerer Zeit versprochen, darüber zu informieren, wo das Geld in Blaj eingesetzt werde. Der Einwohnerrat habe das Recht, zu erfahren, wo die Gelder blieben. Er will nicht, dass Blaj ein Fass ohne Boden werde. Er möchte Unterlagen sehen, wieviel Geld bereits nach Rumänien gegangen sei.

Alice Märky, FDP-Fraktion, ist überzeugt davon, dass der Gemeinderat das Geld gut und nicht verschwenderisch einsetzen werde. Er werde sicher haushälterisch damit umgehen.

://: Das Budgetpostulat wird mit **25:10 Stimmen abgelehnt**.

211 07.010 Budget
 11.220 Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

**2.1.4 Budgetpostulat von Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 344-314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte
Erhöhung um CHF 18'500.-- Geschäft 3672.4**

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, beginnt mit einem Zitat von Mitte September: „Mit dem Volks-Nein zur Überbauung und dem jetzigen Nein zum Leistungspostulat gerät Allschwil in eine Patt-Situation die niemandem nützt.“ So sei es Mitte September in den Medien gestanden. Neben dem Elefantenacker, für den ja auch Gelder im Budget 2007 eingestellt worden seien, müsse auch die mittlere Zone, die ehemaligen Familiengärten, pro-aktiv bewirtschaftet werden. Damit das Gelände den Namen „Wegmatten“ auch wirklich verdiene. Mittlerweile seien die Bäume auf dem Gelände auch fachgerecht zurück geschnitten worden. Er bedanke sich hierfür beim Gemeinderat. Er freue sich auch jetzt schon riesig auf die Bänke, welche am 21.04.2004 vom Gemeinderat versprochen worden sind und nun wieder versprochen würden. Weiter sei er sehr gespannt, als aktives Mitglied des Natur- und Vogelschutzvereins, was im nächsten Jahr auf dem Wegmattenareal gemacht werden dürfe. Über die Hunde sei schon viel diskutiert worden, deshalb verzichte er nun darauf. Die Wege benötigten aber mehr Pflege als bisher. Er vergleiche dies mit den Wegen am Bachgraben, diese würden regelmässig gemergelt. Er bezweifle, dass dies alles ohne Kostenfolge für die Gemeinde realisierbar sei, wie vom Gemeinderat ausgeführt. Er hält den Betrag von 1 CHF pro m² Fläche für sinnvoll und bittet den Rat um Überweisung des Postulates damit die „Wegmatten“ auch den Namen verdiene und der Gemeinderat seine Aufgabe auch wahrnehmen könne.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion Ablehnung des Postulats. 1 Franken pro Quadratmeter klinge nicht nach viel, aber die Summe von CHF 18'500.-- sei eindeutig zu viel Geld. Der Gemeinderat habe vor der Abstimmung nie einen blühenden Park für den Fall der Ablehnung versprochen. Im Gegenteil: Wäre die Abstimmung zu Gunsten der Überbauung ausgegangen, hätte die Gemeinde heute einen gepflegten Stadtpark für die Öffentlichkeit. Und noch dazu einen jährlichen Baurechtszins von 1/2 Mio. Franken. Er hält die Fläche im gegenwärtigen Zustand auch nicht für besonders schön, aber die finanzielle Situation der Gemeinde lasse im Moment keinen weiteren Aufwand zu. Seine Fraktion akzeptiere den Entscheid des Volkes, nun habe man eine brachliegende Fläche dort.

Catherine Hosang, CVP-Fraktion, erinnert an die eingehende Behandlung des Leistungspostulates an der Septembersitzung des Einwohnerrates. Die CVP-Fraktion sei erstaunt darüber, dass nun schon wieder ein gleich lautendes Budgetpostulat komme. Die CVP-Fraktion sei der Meinung, dass das Wegmattenareal vorläufig mit einem Minimum an Aufwand unterhalten werden soll. Darum lehne die CVP-Fraktion das Budgetpostulat ab.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, nimmt das Zitat von Andreas Bammatter wieder auf. Dieses sei nach der ersten Wegmattenabstimmung gefallen. Der Gemeinderat verspreche nun erneut einiges, was er bereits vor zwei Jahren versprochen habe. Er erwarte vom Gemeinderat, dass dieser sich nun endlich an die Versprechen halte, welche er sich selber gegeben habe.

://: Das Budgetpostulat wird mit **24:9 Stimmen abgelehnt**.

212	07.010	Budget
	12.500	Gewässer
	13.200	Umweltmassnahmen

**2.1.5 Budgetpostulat der SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 780-318.00 Dienstleistung und Honorare (Naturschutz)
Erhöhung um CHF 15'000.-- Geschäft 3672.5**

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, erläutert sein Budgetpostulat, bei dem es sich um die Chemiemülldeponien handelt. Man habe seitens der französischen Behörden einen Bericht bis Ostern 2007 versprochen, welcher Auskunft über den Zustand der Deponien und die Gefahren geben soll. Er vermutet, dass das Ergebnis sicher sein werde, dass keine Gefahr von den Deponien ausgehe. Er schlägt vor, dass der Bericht und die Stellungnahme der französischen Behörden analysiert werden müsse. Dies könne aber nur eine Fachfrau oder ein Fachmann. Im Weiteren würden Ergebnisse der IG DRB an das AUE (Amt für Umweltschutz) geliefert. Was passiere dann mit den Daten? Man habe mal entschieden, dass die Ergebnisse der Studie in der Zeitung oder im Internet publiziert und kommentiert werden. Wer auf der Gemeinde könne aber solche Daten interpretieren? Gemäss Information des AUE würden die Ergebnisse sachlich an die Gemeinden geliefert. Aber er habe davon noch nichts gesehen. Das AUE habe zudem verneint, dass Schadstoffe in der Deponie seien. Dr. Martin Forter habe dies in seinem Gutachten aber glaubhaft widerlegt. Das AUE habe auch jahrelang mit falschen Listen gearbeitet. Man brauche jetzt ein Begleitmandat. Jemand der das Recht habe, Einsicht in die Unterlagen zu nehmen. Er müsse die Gemeinde warnen könne. Dies koste Geld. Das Geld von CHF 15'000.-- sei gut eingesetzt. Im Verhältnis zu anderen Budgetanträgen sei die Summe der Wichtigkeit sicher angemessen.

Joel Wartenweiler, SVP-Fraktion, vertritt die Meinung der SVP-Fraktion. Man sehe nicht ein, für was man nun nochmals CHF 15'000.-- benötige. Man habe bereits eine Expertise, der Gemeinderat habe von sich aus CHF 5'000.-- eingestellt. Es bringe jetzt nicht sehr viel, nochmals die vorliegenden Daten zu interpretieren. Wichtig sei es, dass der Dreck endlich wegkomme, man wisse ja, dass Schadstoffe enthalten seien. Es sei wichtiger, dass man jetzt aktiv werde. Daher sei die SVP-Fraktion gegen das Postulat.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, geht mit der SVP-Fraktion nicht einig. Man wisse zwar, dass dort Dreck liege, man müsse dies aber auch beweisen können. Ansonsten bleibe der Dreck liegen. Es gehe darum, die Verursacher zur Verantwortung zu ziehen. Dazu brauche man die Daten und die Interpretation derselben.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, meint, es gehe doch eigentlich um die Oberexpertise, welche bereits auf Ende Jahr erwartet worden sei. Nun werde es offenbar Ostern 2007. Dies sei eine Hinhalte-Taktik. Er habe gehört, dass die Expertise in französischer Sprache geschrieben sei. Es wäre gut, wenn ein kritischer Experte das Gutachten beurteilen und übersetzen könne. Die

Bevölkerung habe ein Recht darauf, in verständlicher Form informiert zu werden. Er begrüsse das Postulat aus diesen Gründen.

://: Das Budgetpostulat wird mit **22:15 Stimmen überwiesen**.

213 07.010 Budget
06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

**2.1.7 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 113-506.01 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge (Radaranlage)
Reduktion um CHF 100'000.-- Geschäft 3672.7**

Josua Studer, SVP-Fraktion, begründet sein Postulat. Der Gemeinderat wolle offenbar unbedingt ein Radargerät. Bevor Tempo-30 eingeführt wird, würden schon vermehrt Radarkontrollen geplant. Ein gekauftes Gerät brauche auch Unterhalt und könne auch kaputt gehen, genauso wie ein gemietetes. Es sei immer die Rede von Synergien, umgesetzt würde dies aber nicht. Es sei immer die Rede vom Sparen. Wenn wirklich Sicherheit im Vordergrund stehe, dann müssten die Gemeindepolizisten mehr patrouillieren. Sichtbare Präsenz bewirke mehr, als Fotos machen. Der Automobilist würde sich nur die Stellen der Radarkontrollen merken, wirklich langsamer werde der Verkehr dadurch aber nicht. Er bezweifle, dass die Bevölkerung tatsächlich mehr Radarkontrollen wünsche. Es sei vielmehr eine willkommene Geldquelle für die Gemeinde. Komisch sei aber, dass diese Einnahmen nirgends aufgeführt würden. Wenn man das Gerät nicht kaufe, könne man CHF 100'000.-- sparen. Sollte einmal Tempo-30 eingeführt werden, könne man ein solches Gerät immer noch kaufen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, hält die Anschaffung einer Radaranlage nicht für Luxus. Mit dieser Anlage könnten Einnahmen generiert werden, welche die Anschaffungskosten bei weitem übertreffen würden. Allerdings sollte die Anlage nur zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen, nicht zu Aufbesserung der Gemeindefinanzen. Negative Beispiele hätten in letzter Zeit ja Schlagzeilen gemacht. Sie hoffe auf einen sinnvollen Einsatz in der Gemeinde. Die CVP-Fraktion lehne das Budgetpostulat ab.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, erklärt Ablehnung des Budgetpostulates namens ihrer Fraktion. Ein Radargerät erhöhe die Sicherheit, gerade bei grossem Verkehrsaufkommen, wie hier in Allschwil.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, geht von einem vernünftigen Einsatz des Radargerätes aus. Er vertraue dem Gemeinderat, dass das Gerät nicht als neue Einnahmequelle benutzt werde. Seine Fraktion schliesst diese Absicht des Gemeinderates daraus, dass nur CHF 15'000.-- mehr Einnahmen bei den Bussgeldern budgetiert worden seien. Ein weiterer Aspekt sei, dass die Sicherheit auf den Gemeindestrassen wirklich erhöht und eine Sensibilisierung der Autofahrer für die einzuführenden Tempo-30-Zonen erreicht werden könne. Mit diesem Gerät könne man dann auch Auswertungen machen und kontrollieren, wie die Tempo-30-Regelungen greifen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, wünscht sich, dass die Aufwendungen für das Radargerät nie amortisiert würden. Dann wäre dieses Gerät diejenige Investition, welche die Sicherheit am besten fördere. Nur diejenigen, die ihre Grenzen nicht kennen, müssten um den Inhalt ihres Portemonnaies bangen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, fragt Jean-Jacques Winter, wann er das letzte Mal auf der Homepage der SVP gewesen sei. Dort habe man extra etwas gegen Tempo-30 kreierte. Man fordere dazu auf, dass jeder Autofahrer vernünftig und mit angemessener Geschwindigkeit fahren solle, nur so könne die Einführung der Tempo-30-Zonen verhindert werden. Der effektive Raser sei nicht belehrbar, auch nicht mit einer Radarfalle.

://:

Das Budgetpostulat wird mit **27:9 Stimmen abgelehnt**.

214	07.010	Budget
	11.140	Gemeindeprojekte
	06.050	Feuerwehr

**2.1.10 Budgetpostulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, betreffend
Pos. 140-503.01, Feuerwehrmagazin (Planung)
Reduktion um CHF 150'000.-- Geschäft 3672.9**

Robert Richner, FDP-Fraktion, begründet sein Postulat wie folgt: Er verweist für die Begründung seines Postulates auf die Stellungnahme des Gemeinderates zu seinem Budget und die Ausführungen von Kurt Kneier, CVP-Fraktion, anfangs der Debatte. Der Gemeinderat empfehle sein Postulat zur Annahme.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, führt in Ergänzung zu den schriftlichen Erklärungen des Gemeinderates zu den Budgetpostulaten aus, dass nach intensiven Beratungen in der Kommission ein Projekt in der Grössenordnung von ca. CHF 3.8 Mio. vorliege. Bezug werde genommen auf die Wettbewerbsarbeit „Allschwil 2000 plus“. Dieses habe damals CHF 3.9 Mio. gekostet. In verschiedenen Überarbeitungsstufen habe dies mal CHF 4.6, dann 4.2 und nun 3.8 Mio. gekostet. Mit diesem Projekt habe man vor den Einwohnerrat und vor das Volk gehen wollen. Man sei dann aber seitens der Feuerwehrkommission auf die Idee gekommen, dass man auf das relativ teure Projekt verzichten könnte und eine deutlich günstigere Lösung zu suchen sei. Dies im Umfang von ca. CHF 3 Mio. Man habe dann entschlossen, einen neuen Wettbewerb auszuschreiben. Aus diesem Grund habe der Gemeinderat dann einen Betrag von CHF 250'000.-- ins Budget eingestellt. Mittlerweile seien die Diskussionen aber weitergegangen. Ein grundsätzlich neuer Wettbewerb sei vom Gemeinderat verworfen worden. Der Betrag von CHF 250'000.-- habe somit auch nicht mehr die Bedeutung, wie zum Zeitpunkt der Budgetierung. Am 15. November 2006 hätten Gespräche zwischen den Hauptabteilungen Hochbau/Raumplanung und Einwohnerdienste/Sicherheit und den Mitgliedern der Feuerwehr stattgefunden. Als Ergebnis sei eine Projektorganisation aufgezogen worden (Folie). Es bestünden drei Teilprojekte mit unterschiedlichen Aufgaben. Im ersten gehe es um die nochmalige Überprüfung des bestehenden Projekts. Das zweite Teilprojekt solle prüfen, ob eine Sanierung grundsätzlich möglich sei. Das dritte Teilprojekt solle prüfen, ob man ein bestehendes Magazin oder Fabrikationsgebäude gleicher Grösse ankaufen und adaptieren könne. Die Steuerung und Leitung ergebe sich aus dem Organigramm. Die Projektleitung habe der Gemeindepräsident inne, die Ergebnisse werde der Gesamtgemeinderat auswerten und die Beschlüsse fassen. Er bittet den Rat, das Postulat gutzuheissen, damit man auf dem eingeschlagenen Weg weiterfahren könne. Würde das Postulat abgelehnt, dann würde man mit nichts dastehen. Man hätte dann ein Projekt über 3.8 Mio. CHF und müsse daraus eine Einwohnerratsvorlage machen. Man wäre nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob eine Sanierung möglich wäre oder ob andere Ideen machbar wären. Mit den CHF 100'000.-- wäre man in der Lage, weitere Abklärungen zu machen oder grundsätzlich ein Projekt anzukaufen. Bei einem Bau dieser Grössenordnung würde eine Projektstudie ca. CHF 45'000.-- bis 50'000.-- kosten. Weiter könne man auch noch Geld für eine Expertise verwenden, ob das bestehende Gebäude noch saniert werden könne. Die budgetierten CHF 250'000.-- benötige man in der Tat nicht mehr.

://: Das Budgetpostulat wird mit **23:8 Stimmen überwiesen**.

215	07.010	Budget
	11.140	Gemeindeprojekte
	06.050	Feuerwehr

**2.1.8 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 140-503.01, Feuerwehrmagazin (Planung)
Reduktion um CHF 250'000.-- Geschäft 3672.8**

://: Das Postulat wird vom Postulanten **zurückgezogen** und als **erledigt** abgeschrieben.

216 07.010 Budget
 11.140 Gemeindeprojekte
 06.050 Feuerwehr

**2.1.9 Budgetpostulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion
betreffend
Pos. 140-503.01 Feuerwehrmagazin (Planung)
Reduktion um CHF 250'000.-- Geschäft 3672.10**

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, hält am Postulat fest. Er ist der Ansicht, dass der Gemeinderat auch weiterplanen könne, wenn er keinerlei Mittel im Rahmen des Budgets bewilligt bekomme. Der Gemeinderat habe eine eigene Finanzkompetenz. Es habe ihn stutzig gemacht, dass man offenbar schon Geld von den beantragten CHF 100'000.-- verwendet habe. Ihn störe es, dass ihm diverse Planungsunterlagen fehlen würden. So könne man gar nicht beurteilen, ob die Richtung stimme, in die man nun plane. In Allschwil habe sich seit dem Projekt „Allschwil 2000 plus“ viel verändert. Inhalt des Postulates sei auch die Frage nach den geänderten Bedürfnissen. Es gebe mehr Verkehrsfluss, die Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur ändere sich. Er wolle wissen, ob die angestrebte Lösung auch nachhaltig sei und noch mindestens 20 Jahre die Bedürfnisse befriedigen könne. Der Gemeinderat solle eine optimale Planung machen können. Aus diesem Grund möchte seine Fraktion das gegenwärtige Projekt sistieren und erst die Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen, die eine verlässliche Aussage über die künftige Entwicklung und Bedürfnisse zulassen.

://: Das Budgetpostulat wird mit **20:13 Stimmen abgelehnt**.

Die nachfolgenden zwei Budgetpostulate werden gemeinsam beraten und getrennt beschlossen.

217 07.010 Budget
 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**2.1.11 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 240-501.01 Parkplatz SZ Neualschwil
Reduktion um CHF 145'000.-- Geschäft 3672.11**

Josua Studer, SVP-Fraktion, spricht sich gegen eine Sanierung des Parkplatzes aus.

Felix Keller, CVP-Fraktion, habe selbst einen Augenschein auf dem Parkplatz vorgenommen. Er sei erstaunt gewesen, dass die FiReKo mit 7:0 Stimmen das Postulat begrüsse. Der Platz sei in einem schlechten Zustand. Die Platzentwässerung funktioniere nicht. Nur weil es über 0°C gewesen sei, seien die Wasserlachen nicht gefroren. Die Wurzeln der Bäume hätten den Belag zerstört. Ausserdem würden die Autos quasi auf den Wurzeln parkieren, dies könne auch nicht gut für die Bäume sein. Nur dadurch, dass man noch ein oder zwei weitere Jahre mit der Sanierung wartet, spare man kein Geld ein. Auch eine Aufhebung des Parkplatzes wäre keine Lösung. Auch dann wären Arbeiten am Platz notwendig. Je früher man saniere, desto besser wäre es für den Platz und für die Bäume.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, unterstützt das Anliegen von Josua Studer. Er verstehe nicht, warum man nun CHF 145'000.-- für einen Autoparkplatz ausgeben wolle. Man habe bereits schon mal CHF 22'000.-- für Investitionen in ein Schulhaus zu viel gefunden. Es gebe Sicherheitsmängel in den Schulhäusern. Es gebe viele Sachen in den Schulhäusern und Kindergärten, die nötiger seien als der Parkplatz. Beispielsweise sei das Sicherheitsrisiko durch Wurzeln im Trottoir vor seiner Wohnung um ein Vielfaches höher. Dort gingen Fussgänger, Schulkinder und Velofahrer vorbei. Man habe vor ca. 6 Jahren den Strassenbelag dort saniert. Nun sei es wieder genau gleich. Der Parkplatz könne nicht oberste Priorität haben.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, rechnet mit 2% des ursprünglichen Investitionsbetrages für die Werterhaltung im Hoch- und Tiefbau. Diese Beträge solle man immer einplanen. Man dürfe die Investitionen nicht langsam kaputt gehen lassen. Der Betrag sei ja im Investitionsbudget vorgesehen, habe also auf die laufende Rechnung nur einen sehr kleinen Einfluss. Es gehe hier auch um die Verhinderung allfälliger Haftungsansprüche aus Werkeigentümerhaftung. Er bittet darum, dass man rein aus Sparwut nicht die Investitionen verfallen lasse.

://: Das Budgetpostulat wird mit **25:10 Stimmen überwiesen**.

218 07.010 Budget
 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**2.1.12 Budgetpostulat von Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion betreffend
Pos. 240-501.01 Parkplatz SZ Neullschwil
Reduktion um CHF 145'000.-- Geschäft 3672.12**

://: Das Postulat wird vom Postulanten **zurückgezogen** und als **erledigt abgeschrieben**.

219 07.010 Budget
 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt
 04.010 Kindergarten

**2.1.13 Budgetpostulat von Kurt Kneier, CVP-Fraktion, betreffend
Pos. 240-503.07 Kindergarten Pestalozzi
Erhöhung um CHF 1'750'000.-- Geschäft 3672.13**

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, führt aus, dass eine Zustimmung zu seinem Postulat zur Folge hätte, dass man sofort das Projekt „aus der Schublade ziehen“ könnte. Das Projekt bestehe bereits und man habe auch schon CHF 100'000.-- ausgegeben. Man könne auch schauen, ob man den frei werdenden Platz im Baurecht abgeben könne. Allerdings könne er sich auch, als letzten Kompromiss, einen Verkauf des freiwerdenden Landes vorstellen. Mit der Zustimmung zum Postulat habe man einen guten Gegenwert: ein Doppelpavillon und keine Baracke mehr. Man habe ein freies Grundstück mit einer Grösse von 2'346 m² an bester Lage. Dort könnte auch interessanter Wohnraum mit Mehrfamilienhäusern für gute Steuerzahler geschaffen werden.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, glaubt nicht so ganz an die Möglichkeit, dort so viel Geld zu verdienen. Nach der negativen Abstimmung „Wegmatten“ habe sich der Gemeinderat überlegen müssen, wo man Einsparungen vornehmen könne. Damals habe man beschlossen, dass dieses Projekt erstmal sistiert wird. Wenn man jetzt den Kindergarten realisieren wolle, dann sei das aus der Sicht des Gemeinderates finanzpolitisch verantwortungslos. Mit der freiwerdenden Parzelle solle man nicht spekulieren. Nach der Wegmatten-Abstimmung garantiere niemand dafür, dass man die Parzelle dann auch tatsächlich im Baurecht abgeben könne. Auch rein raumplanerisch sei eine Nutzung mit

Mehrfamilienhäusern nicht so einfach wie dargestellt. Ausserdem hätten sich die Kinderzahlen verändert, daher sei es heutzutage fragwürdig, ob man an dieser Stelle einen neuen Kindergarten bauen sollte. Daher halte es der Gemeinderat für richtig, das Projekt zurückzustellen, und dann am richtigen Ort einen Kindergarten zu errichten.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, macht die Ausführungen in finanzpolitischer Hinsicht. Bei der Behandlung des Finanzplanes 2007 - 2011 im Juni diesen Jahres habe man bekanntlich nach der Abstimmung „Wegmatten“ Sofortmassnahmen ergreifen müssen. Eine der Sofortmassnahmen sei gewesen, die Investitionskosten für den Kindergarten Pestalozzi von der Priorität 1 in die Priorität 2 zu verschieben. Eine andere Massnahme sei gewesen, für das Feuerwehrmagazin nicht mehr als 3 Mio. CHF, aber immer noch mit Priorität 1, zu veranschlagen. Bei der Erstellung des Budgets habe man dann aber folgerichtig die Investition für den Kindergarten aus dem Budget 2008 gestrichen. Dies habe man aufgrund der aktuellen Situation und der kommenden Entwicklung so entschieden. Bezüglich Feuerwehrmagazin habe man für das Jahr 2007 CHF 250'000.-- eingestellt, für die Jahre 2008 und 2009 weitere Beträge aber mit der Priorität 2. Der Gemeinderat habe sich ganz klar für das Feuerwehrmagazin aber eben auch klar gegen den neuen Kindergarten ausgesprochen. Aufgrund der aktuellen Situation liessen sich beide Projekte nicht bezahlen, dies sei unmöglich. Wenn man beide Projekte starten wolle, dann würde die Gemeinde künftig nur Verluste generieren. Dies hiesse dann wiederum kein Schuldenabbau und kein Eigenkapital. Ebenfalls würde der Selbstfinanzierungsgrad wesentlich tiefer liegen. Dies würde dem gesamten Finanzplan in Frage stellen. Ohne den Kindergarten hätte man im Jahr 2008 einen Selbstfinanzierungsgrad von 190%. Dies bedeute auch einen grossen Schuldenabbau, ebenso im Jahr 2009. Dies aber nur ohne den Kindergarten. Wenn man alle Zahlen kumuliere, hätte die Gemeinde im Jahr 2011 einen Finanzfehlbetrag von 9.2 Mio. CHF. Dies sei nicht zu verantworten. Aus all den genannten Gründen habe der Gemeinderat den Kindergarten Pestalozzi gestrichen. Wenn man auch den Kindergarten bewillige, sei ein Neubau des Feuerwehrmagazins aber nicht möglich. Der Gemeinderat habe eine Entscheidung treffen müssen und habe sich für das Feuerwehrmagazin entschieden.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, hält namens seiner Fraktion fest, dass es nicht nur finanzpolitische Gründe gebe, das Postulat nicht zu überweisen. Auch bezweifelt er den Bedarf und die Eignung des Standortes. Man müsse sich hier wirklich fragen, ob man an diesem Ort zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein solches Projekt verwirklichen wolle. Nicht ganz gleicher Meinung sei er mit Gemeinderätin Nüssli-Kaiser. Man müsse bei den finanziellen Auswirkungen auch die Einnahmen aus dem Verkauf der freien Parzelle berücksichtigen. Er sei überzeugt, dass man ein solches Projekt, wenn dann der Bedarf nachgewiesen sei, auch mit einer Separatvorlage dem Rat vorlegen könne. Dann müsse in der Vorlage aber auch festgelegt werden, dass das frei werdende Land auch wirklich verkauft oder im Baurecht abgegeben werden könne. Nur so könne der Kindergarten ein Null-Summen-Spiel werden. Es müsse sichergestellt sein, dass an diesem Ort nicht noch ein weiterer Park gefordert werde. Aus diesen Überlegungen sei die FDP-Fraktion der Meinung, dass man der Erhöhung um 1.8 Mio CHF nicht zustimmen solle.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, führt aus, dass die Kinderzahlen in der Tat rückläufig seien, dies in ganz Europa. Für unsere Gesellschaft sei dies ein besonderes Problem. Das Thema der rückläufigen Kinderzahlen sei ein weiteres Argument gegen die Realisierung des Kindergartens. Unter diesem Gesichtspunkt müsse immer auch der Standort eines Kindergartens geprüft werden. Das Bedürfnis eines neuen Kindergartens zeige sich viel mehr in den Teilen Allschwil, in denen viel gebaut werde. Damals, bei der Planung habe man dies noch nicht so gut abschätzen können. Es sei schwierig, der Bevölkerung zu vermitteln, dass man einen Kindergarten bauen wolle, gleichzeitig aber Kindergärten wegen mangelnder Kinder schliessen müsse. Er persönlich wäre froh, wenn man es mit parallelen Institutionen den Familien leichter machen würde, sich für Kinder zu entscheiden. Die Kinderzahlen seien rückläufig, dies mache es schwierig.

Für **Werner Schwarz**, SVP-Fraktion, ist der bauliche Zustand des jetzigen Kindergartens Pestalozzi gar nicht so dramatisch. Er habe sich bei einem Augenschein selbst ein Bild gemacht. Decken, Böden, Wände und das Licht, sanitäre Installationen und sogar die Heizung seien in einem einwandfreien Zustand. Die Heizung klopfe zwar, aber die Heizkörper seien heiss. Ausserdem habe er festgestellt, dass die Räume sehr hell und gross seien. Es gebe einen grossen Umschwung. Er kenne andere Kindergärten in Allschwil, welche nicht so schön seien. Er habe auch kein Feedback bekommen, dass es dort Mängel habe, die den Kindergartenbetrieb stören würden. Er halte es sogar für eine Frechheit, dass man den Kindergarten als Baracke darstelle. Von innen sei er in Ordnung. Als Schulrat könne er es verantworten, dass der Kindergartenbetrieb weiterhin bis ins Jahr 2012 dort stattfinden könne.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, habe sich ausserordentlich gefreut, dass man über den Graben hinweg ein gemeinsames Anliegen habe. Auch sie habe ein Postulat gleichen Inhalts eingereicht. Aus den Unterlagen zum Kindergarten gehe hervor, dass die heutige Installation als Provisorium gedacht gewesen sei und den heutigen betrieblichen und baulichen Anforderungen nicht entspreche. Von einer Sanierung habe man abgeraten. Das Provisorium bestehe nun schon seit den sechziger Jahren. Was sie auch störe, sei, dass der Bachgrabenpark immer als „Sündenbock“ erhalten müsse. Sie ist der Ansicht, dass man auch bei einem ausgefüllten Lottoschein die Ziehung der Lottozahlen abwarten müsse und nicht schon vorher auf Weltreise gehen solle. Man müsse ein Abstimmungsresultat akzeptieren. Sie sei immer der Ansicht gewesen, dass der Einwohnerrat die Volksmeinung vertrete und nicht umgekehrt. Für sie sei es sehr enttäuschend, dass man zwar im Jahr 2004 für das Projekt dem Baurechtsvertrag mit der katholischen Kirchgemeinde zugestimmt habe und nun aber beim Provisorium bleibe. Es sei auch für die Attraktivität von Allschwil wichtig. Der Kindergarten und auch andere Schulhaussanierungen würden im Finanzplan immer weiter nach hinten rutschen. Sie bezweifle mittlerweile, ob sie das dann noch erlebe. Sie bezweifelt die Nachhaltigkeit der Politik. Die Bedürfnisse der Jugend und der Kinder müssten auch erfüllt werden. Sie verstehe nicht, warum man nun CHF 100'000.-- in eine Sanierung stecken wolle, wobei die Zukunft doch ungewiss sei.

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, entschuldigt sich bei der Person, der sie versprochen hatte, im Rahmen des Berichts der FiReKo nicht zum Thema Kindergarten zu reden. Sie habe es dennoch getan. Zu den rückläufigen Kinderzahlen ist sie der Ansicht, dass es extrem schwierig sei, langfristige Aussagen zu machen. Das Amt für Volksschulen lege grossen Wert darauf, dass keine Kindergärten eröffnet werden, wo sie nicht notwendig sind. Zum Votum von Herrn Schwarz meint sie, dass sie entsetzt sei, in welchem schäbigen Zustand sich die Räumlichkeiten befänden. Die Kinder müssten in schäbigen Räumen sitzen. Von einem schönen oder genügenden Kindergarten könne man nicht reden. Ausserdem unterstütze sie auch das Votum von Barbara Selinger. Der Kindergarten sei schon lange im Einwohnerrat behandelt worden. Sie unterstütze die Anliegen der Postulanten.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, schliesst sich der Meinung von Verena Meschberger an: Die Räume seien schäbig. Selbstverständlich sei nun in den Räumen geheizt. Aber die Heizung habe ein Alter, wo man damit rechnen müsse, dass sie ersetzt werden muss. Wenn man aber die Heizung ersetzen müsse, dann müssten auch Anpassungsarbeiten an den Installationen und am Kamin gemacht werden. Aus diesem Grund seien CHF 100'000.- budgetiert. Wenn man diesen Betrag nun streiche, dann müsse man mit einem Nachtragskredit kommen, wenn die Heizung ausfalle. Auch dies wäre möglich. Der Kindergarten sei tatsächlich nicht im besten Zustand. Der Kindergarten Pestalozzi habe zurzeit nur einen belegten Unterrichtsraum. Die schwindende Kinderzahl sei also auch jetzt schon ein Thema in dem Quartier.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, findet, dass man auf dem besten Weg sei, eine Planungsleiche zu fabrizieren. Vor einiger Zeit seien Gemeindevertreter bei der Kirchgemeindeversammlung der katholischen Kirche gewesen und hätten dort die Zustimmung zu einem Näherbaurecht beantragt. Es habe geheissen, wenn man den Antrag nicht gutheisse, dann hätten die Kinder keine Chance auf einen neuen Kindergarten. Nun werde das Projekt

weiter hinausgeschoben. Wenn man doch jetzt schon ein Projekt habe, solle man dies auch verwirklichen. Deshalb unterstütze er die Budgetpostulate.

Der Rat beschliesst **mit 18:16 Stimmen**, die Sitzung nach den Beratungen über den Kindergarten Pestalozzi zu unterbrechen und am Mittwoch, 20.12.2006, fortzuführen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, ist ebenfalls der Ansicht, dass der Kindergarten eigentlich ein toller Kindergarten sei. WC- und sanitäre Anlagen würden noch funktionieren. Man solle doch mit der Sanierung warten, bis die Heizung tatsächlich ausfalle. Vielleicht halte sie ja noch vier bis fünf Jahre.

Josua Studer, SVP-Fraktion, warnt davor, ein zweiter „Fall Leukerbad“ zu werden. Man solle haushälterisch mit dem Geld umgehen. Es sei die Finanzlage dargelegt worden. Es sei zurzeit kein Bedarf an diesem Ort einen neuen Kindergarten zu bauen. Man könne immer noch, zum Beispiel im Elco-Areal, einen Kindergarten bauen, wenn dies nötig werde. Er ist der Ansicht, dass man nur dann investieren solle, wenn man den Kindergarten für lange Zeit weiterbenutzen wolle. Aber dies sei ja im Moment nur bis zum Jahr 2012 geplant. Dafür seien CHF 100'000.-- zuviel. Er sei gegen einen Neubau, das Geld habe die Gemeinde nicht.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, möchte wissen, wieviele Kinder zurzeit in den Kindergarten Pestalozzi gehen und wo diese bei einer Schliessung des Kindergartens hinmüssten. Er habe noch keine Statistik der Kinderzahlen gesehen.

Heinz Giger, Departementsvorsteher Bildung Erziehung Kultur, könne nicht genau sagen, wieviel Kinder zurzeit dort seien. Da nur eine Klasse geführt werde, seien es nicht mehr als 20 Kinder. Zweitens meint er, dass es wohl keine Kinder mehr gebe, wenn der Kindergarten geschlossen werde. Das Problem der Umverteilung bestehe ja dann nicht. Solange es Kinder in diesem Quartier gebe, solange werde der Kindergarten auch nicht geschlossen.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, erläutert, dass man die Kinder auch im Kindergarten Dorf, Landgartenweg, platzieren könne. Dort stehe noch ein Kindergarten leer. Aber man wolle ja den Kindergarten Pestalozzi eigentlich nicht schliessen.

Felix Keller, CVP-Fraktion, führt aus, dass seine Tochter auch dort in den Kindergarten gehe. Letztes Jahr seien nur fünf „ordentliche“ Neueintritte gewesen. Die Klasse bestehe aber aus 20 Kindern, die restlichen 15 Kinder kämen alle aus dem Tagesheim. Er sei auch der Ansicht, es brauche zurzeit keinen Doppelkindergarten dort im Quartier. Es gebe effektiv zu wenige Kinder. Er habe weder von den Kindern noch von den Kindergärtnerinnen oder den Eltern je gehört, dass man sich dort nicht mehr wohl fühle. Hier könne man jetzt Geld sparen. Die Bevölkerung werde es nicht verstehen, einen Doppelkindergarten zu bauen, wenn einer davon leer stehen wird.

Für **Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, sei wichtig, dass der Gemeinderat vor ca. 2 Jahren dem Einwohnerrat einen Bericht vorgelegt habe, in dem es um die Bewilligung eines Baurechts ging „zur Errichtung eines Doppelkindergartens“. Der Einwohnerrat habe dies damals mit 28:0 Stimmen gutgeheissen. Offenbar wolle der Gemeinderat dies aber nun gar nicht. Wieso habe man vor zwei Wochen an der Kirchgemeindeversammlung noch das Näherbaurecht eingeholt, wenn man jetzt hört, man brauche den Kindergarten nicht? Er fühle sich als Einwohnerrat nicht ernst genommen. Man habe damals von den Entwicklungen schon gewusst. Man habe bereits für den Wettbewerb schon viel Geld in Hand genommen. Sei dies nun alles umsonst? Er frage sich, warum man im Fall der Tagesschule offenbar genug Geld habe. Dort gehe es aber um ein

Vielfaches an Beträgen. Will man nun beim Kindergarten sparen, damit man genug Geld für die Tagesschule habe? Sonst sei das ja nicht begründbar. Innert 2 Jahren habe sich die Situation nicht so stark geändert. Auch Wegmatten II sei nicht als Argument heranzuziehen. Man hätte damals zuerst den Ausgang der Abstimmung abwarten müssen. Er habe Mühe mit der Haltung des Gemeinderates. Er werde dem Postulat von Kurt Kneier zustimmen.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, kann nicht nachvollziehen, dass sich offenbar seit dem Jahr 2004 bis heute nichts geändert haben soll. Der Gemeinderat sei davon ausgegangen, dass über das Tagesheim der Doppelkindergarten gefüllt werden könne. Da habe man sich geirrt. Darauf müsse man reagieren. Die Steuergesetzrevision habe Steuerausfälle von 1.3 bis 1.6 Mio CHF für die Gemeinde zur Folge. Es sei aber bloss eine Hoffnung, dass man das kompensieren könne. Sicher sei dies noch nicht. Gleichzeitig werde auch in der Unternehmensbesteuerung die Revision ein minus von CHF 700'000.-- in der Gemeindekasse hinterlassen. Die Steuerleistungen der Unternehmen können aber durch den Geschäftsgang beeinflusst werden. CHF 500'000.-- wegen Wegmatten sei kein Grund für den Gemeinderat zu jammern. Er sehe dies aber realistisch. Die fehlende halbe Million sei ein Stück des Gesamtbildes. Vor diesem Hintergrund mache sich der Gemeinderat Gedanken über die Priorisierung. Der Einwohnerrat habe dort die Entwicklung nicht bemerkt. Beim Finanzplan habe man eine klare Priorisierung vorgenommen. Bei der letzten Vorlage im Sommer habe man deutlich kommuniziert, dass die Projekte für den Gemeinderat fraglich seien. Dort habe keiner etwas gesagt. Die Situation sei sehr komplex. Jetzt nur im Hinblick auf den Kindergarten zu handeln sei für den Gemeinderat zu wenig. Man könne der Bevölkerung nicht erklären, warum ein Doppelkindergarten gebaut werde, wenn einer davon leer stehen wird. In den neuen Überbauungen seien überall Kindergärten vorgesehen, z. Bsp. Sandweg, Ziegelei. Diese brauche man aber nicht. Die stünden leer. Dies sind Fakten. Auch der Gemeinderat lerne dazu. Man habe feststellen müssen, dass auch mit dem Bezug der Überbauungen Sandweg und Ziegelei keine neuen Kinder kommen. Leider.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, führt ergänzend aus, dass man auf das Schuljahr 2004/2005 drei Kindergärten geschlossen habe. Dies seien etwa 69 - 70 Kinder weniger gewesen. Massgebend sei hier gewesen, dass mit der Einführung des neuen Bildungsgesetzes die Doppelzählung der ausländischen Kinder anders gehandhabt wurde. Erst ab dem sechsten Kind würden nun ausländische Kinder bei der Berechnung der Klassengrösse doppelt gezählt. Dies seien genau die 69-70 Kinder gewesen. An der absoluten Anzahl habe sich nicht soviel geändert, aber an der massgebenden Berechnungszahl. Weiter könne man anhand der Geburtenrate schon abschätzen, wie die Situation in 5 oder 6 Jahren sein wird. Daher könne man auch vorausplanen, und wenn es dann nötig sein wird, einen neuen Kindergarten bauen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, möchte beliebt machen, dass man kein Geld sprechen solle. Bereits die Meinungen über die Qualität und den Zustand der Gebäude würden stark auseinander gehen. Beim Standort könne der Gemeinderat keine schlüssige Antwort darauf geben, welcher in den nächsten Jahren zu bevorzugen sei. Beim Bedarf könne man keine Prognose machen. Es seien hier zuviel offene Fragen im Raum. Offenbar sei der Gemeinderat aber auf allfällig steigende Kinderzahlen vorbereitet, in den neuen Arealen seien Kindergärten vorgesehen. Es sei zum heutigen Zeitpunkt falsch, Gelder für einen Neubau an diesem Standort zu sprechen. Man müsse hier zunächst mit anderen Mitteln, Interpellation, kleine Anfrage oder Postulat, den Gemeinderat die richtigen Fragen stellen um dann entscheiden zu können. Es wäre auch zu prüfen, ob eine Investition von CHF 100'000.-- an diesem Ort gerechtfertigt ist. Dies sei nur dann der Fall, wenn der Kindergarten dort noch einige Jahre betrieben werde. Aus diesem Grund möchte er von beiden Postulaten Abstand nehmen. Der Gemeinderat solle zunächst die Grundlagen für einen Entscheid schaffen und dem Einwohnerrat vorlegen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, stellt fest, dass man nun über eine Stunde über das Thema debattiere. Ketzerisch könnte man sagen, dass auch dies die Schuld des Wegmattenentscheides sei. Dann hätte man auch nicht das Feuerwehrmagazin gegen den

Kindergarten ausgespielt. Zum Glück habe er das Postulat „Wohnen im Alter“ eingereicht. Dies werde künftig das Thema sein.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion bereits im Oktober 2004 anlässlich der Beratungen zum Baurechtsvertrag darauf hingewiesen habe, dass der Bedarf genau zu prüfen sei und ob man nicht auch bestehende gemeindeeigene Liegenschaften nutzen könne. Dies habe man alles ignoriert. Heute mache seine Fraktion die gleichen Warnungen. Es sei jetzt nicht nötig, den Kindergarten zu beschliessen, dies könne man dann bei Bedarf mit einer Sondervorlage tun.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, fragt, ob man wirklich an der Kirchgemeindeversammlung gesagt habe, man solle dem Näherbaurecht zustimmen, damit die Kinder dort in den Kindergarten gehen könnten. Weiter interessiere ihn, wieso der Gemeinderat in diesem Jahr gleichzeitig dem Postulat „Tagesschule“ zugestimmt habe, wenn doch die finanzielle Situation so schlecht sei.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, erwidert, dass das Postulat nur zum Inhalt habe, zu prüfen und zu berichten. Es gehe nur um eine Abklärung. Dazu habe man eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, die demnächst dem Einwohnerrat einen Bericht vorlegen wird. Dies habe mit dem Kindergarten überhaupt nichts zu tun. Zur ersten Frage, dem Näherbaurecht, führt er aus, dass der Gemeinderat in dem Moment, in dem er beschlossen habe, das Projekt zu sistieren, sämtliche Unterlagen und rechtlichen Pendenzen abschliessend zu bearbeiten. So habe man ein fertiges Dossier, welches man direkt realisieren könne. Die Kirchgemeindeversammlung sei informiert gewesen, dass das Projekt zunächst sistiert wird. Man habe dies mit einer Delegation der Kirchgemeinde vorbesprochen. Man habe auch in der gleichen Kirchgemeindeversammlung das Thema einer Zwischennutzung angesprochen. Die Versammlung habe der Gemeinde die Erlaubnis gegeben, die Parzelle einer Zwischennutzung zuzuführen. Eine solche Zwischennutzung müsste aber mit dem Kirchgemeinderat besprochen werden.

Josua Studer, SVP-Fraktion, stellt den Ordnungsantrag auf Ende der Diskussion und Abstimmung.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, sei seit 20 Jahren Einwohnerrat und Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission. Er lasse sich nicht ankreiden, dass er die Gemeinde in eine „Leukerbad-Situation“ bringe. Wenn man das Land für 1.8 Mio CHF verkaufe, könne man noch etwas Gewinn machen. An der Kirchgemeindeversammlung sei es um ein Näherbaurecht gegangen, weil die eigentliche Planung vorgesehen hatte, den Kindergarten auf der Seite der Bon-Vita zu errichten. Mit dieser Genossenschaft konnte aber kein Näherbaurecht vereinbart werden. Daher sei der Kirchgemeinderat bereit gewesen, die Dienstbarkeit zu errichten. Ausserdem habe er damals, anlässlich der Beratung des Baurechtsvertrages, bereits darauf hingewiesen, man möge das Objekt nochmals überdenken. Er halte die Parzelle, im Gegensatz zum Gemeinderat Meury, sehr wohl für gut überbaubar. Er habe entsprechende Informationen von potentiellen Interessenten. Er halte es auch für nicht ganz einfach, die Kinder aus dem Quartier in einen anderen Kindergarten zu schicken. Aber vielleicht gebe es ja Lösungen. Es gebe verschiedene Kindergärten in Allschwil-Dorf, er könne sich vorstellen, dass man diese Kindergärten zusammenführen und in dem Doppelkindergarten gemeinsam mit dem Tagesheim ideal weiterführen könne. Er bedauert, dass Nicole Nüssli-Kaiser keine Berechnung präsentiert habe, bei der der Verkauf der Parzelle berücksichtigt worden ist. Er geht weiter davon aus, dass die Angaben des Gemeinderates zum Sanierungsbedarf zutreffen. Er könne sich nicht vorstellen, dass allein eine Heizung CHF 100'000.-- kosten solle. Also seien noch mehr Reparaturen und Sanierungen geplant. Er sei dagegen, dass man nun so viel Geld in einen Pavillon investieren will. Unschön habe er gefunden, dass man nun das Projekt „Feuerwehr“ gegen das Projekt „Kindergarten“ ausgespielt habe. Er habe ein Herz für die Feuerwehr und den Kindergarten. Man habe nun schon viel Geld für ein Projekt ausgegeben. Er sei überzeugt, dass man auch bei einer Realisierung des Kindergartens nicht in finanzielle Schwierigkeiten kommen werde. Man werde die frei werdende Parzelle nutzen können.

://: Dem Antrag auf Abbruch der Diskussion von Josua Studer, SVP-Fraktion, wird **grossmehrheitlich zugestimmt**.

://: Das Budgetpostulat wird mit **22:10 Stimmen abgelehnt**.

220 07.010 Budget
 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt
 04.010 Kindergarten

**2.1.14 Budgetpostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion,
betreffend
Pos. 240-503.07 Kindergarten Pestalozzi
Erhöhung um CHF 1'085'000.-- Geschäft 3672.16**

://: Das Postulat wird von der Postulantin **zurückgezogen** und als **erledigt** abgeschlossen.

221 07.010 Budget
 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt
 04.010 Kindergarten

**2.1.15 Budgetpostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion,
betreffend
Pos. 240-503.07 Kindergarten Pestalozzi
Streichung von CHF 100'000.-- Geschäft 3672.14**

://: Das Postulat wird von der Postulantin **zurückgezogen** und als **erledigt** abgeschlossen.

222 07.010 Budget
 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt
 04.010 Kindergarten

**2.1.16 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 240-503.07 Kindergarten Pestalozzi
Streichung von CHF 100'000.-- Geschäft 3672.15**

Josua Studer, SVP-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion nicht grundsätzlich gegen Instandstellungen sei, wenn dadurch der Kindergartenbetrieb gefährdet werde. Aber auch er bezweifle, dass allein die Heizungssanierung CHF 100'000.-- kosten solle, wie es in der Vorlage des Gemeinderates stehe. Da würden sicher noch andere Sanierungsarbeiten gemacht. Nun habe man wissen wollen, welche Reparaturen sonst noch auszuführen seien. Bei einem Augenschein habe man aber festgestellt, dass der Kindergarten keine Bedürfnisse habe. Ausserdem habe offenbar auch gar nie eine Abklärung stattgefunden, was nun wirklich zu machen sei. Wenn man wüsste, was man mit den CHF 100'000.-- wirklich machen wolle, sei die Fraktion nicht wirklich dagegen. Man sei nicht gegen Sanierungen die notwendig sind.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, hat auch nichts dagegen, dass die Heizung saniert werde. Aber auch er wisse nicht, was noch alles gemacht werden müsse. Er schlägt vor, dass man eine genaue Abklärung treffen und dann mit einer Sondervorlage im Rat den Kredit beantragen solle.

://: Das Budgetpostulat wird mit **27:4 Stimmen überwiesen**.

Gemeinderätin **Saskia Schärer** drückt ihre Enttäuschung über die heutige Debatte im Einwohnerrat aus. Sie habe den Abend als „ausserordentlich mühsam“ empfunden. Es seien viele Sachen mehrfach gesagt worden. Die Meinungen seien schon lange gemacht gewesen und dennoch habe man immer noch weitere Ausführungen gemacht. Nun sei die Sitzung so lange gegangen, dass man am nächsten Mittwoch, 20.12., eine weitere Sitzung einberufen müsse. Sie verstehe das nicht. Sie halte dies für eine Zumutung, vor allem für diejenigen, die noch eine Familie haben und für die Politik nicht das einzige sei. Dies „beelende“ sie.

Ratspräsident **Christoph Morat** führt dazu aus, dass auf der Traktandenliste klar das zweite Datum, 20.12., für die Fortführung der Sitzung vorgemerkt sei und er hoffe, dass sich die Einwohnerräte das Sitzungsdatum reserviert haben. Man könne sich zwar die Schelte des Gemeinderates anhören, aber es sei die Sitzung des Einwohnerrates und man habe demokratisch abgestimmt, dass die Sitzung am kommenden Mittwoch weitergeführt wird.

Unterbruch der Sitzung um 21.40 Uhr.

Die Sitzung wird am Mittwoch, 20.12.2006, weitergeführt.

Ratspräsident **Christoph Morat** begrüsst die Anwesenden.

Neue parlamentarische Vorstösse

Kleine Anfrage von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend „Tempo 30“ (Geschäft 3700)

Kleine Anfrage von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, betreffend „Trinkwasserqualität“ (Geschäft 3701)

Dringliche Interpellation von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, betreffend „Streichung der Südumfahrung im kantonalen Richtplan“ (Geschäft 3702)

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit wie folgt: Man wolle offenbar die Südumfahrung aus dem Richtplan streichen. Aus diesem Grund haben die Fraktionen FDP, CVP, SVP und SD eine dringliche Interpellation gestartet.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, ergänzt dazu, dass insgesamt vier Motionen betreffend die Südumfahrung im Einwohnerrat eingereicht wurden und dass der Gemeinderat hinter diesen Vorstössen gestanden sei. Es könne nicht sein, dass man beim Kanton die Interessen der Gemeinde Allschwil so hintergehe und die Südumfahrung einfach wieder aus dem Richtplan streiche. Die Dringlichkeit ergebe sich aus der Aktualität des Themas. Man müsse jetzt reagieren, der Gemeinderat müsse die Möglichkeit haben, jetzt die Fragen des Rates zu beantworten.

::: Die Dringlichkeit wird mit 24:10 stimmen beschlossen.

Christoph Morat, Ratspräsident, nimmt nochmals Bezug auf die vergangene Sitzung. Der Einwohnerrat mache Politik. Das Wort Politik leite sich ab aus „polis“ für Stadt und Gemeinschaft und öffentlicher Geschäfte. Nach umfassender Definition sei Politik ein öffentlicher Konflikt von Interessen unter den Bedingungen von öffentlichem Machtgebrauch und Konsensbedarf. Allerdings gebe es heute noch keine Einigkeit darüber, ob Macht, Herrschaft, Friede, Ordnung oder Konflikt die Hauptkategorie von Politik sind. Macchiavelli

meinte zum Beispiel, dass Politik die Summer aller Mittel sei, um zur Macht zu kommen, sie zu halten und von der Macht den nützlichsten Gebrauch zu machen. Es gebe aber zum Beispiel auch Thomas Meier, welcher eine Konsenspolitik betrieben habe. Zitat: Politik ist die Gesamtheit aller Aktivitäten zur Vorbereitung und Herstellung gesamtgesellschaftlicher verbindlicher, gemeinwohlorientierter, der Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen. Dies sei das, was der Einwohnerrat jeden Monat mache. Dies mache der Einwohnerrat auch gut. Das Büro des Einwohnerrats sei der Meinung, dass es die Grundlagen liefere, die Geschäfte speditiv zu behandeln. Er fordere die Ratskolleginnen und -kollegen auf, so wie bisher weiter zu machen und engagiert zu diskutieren. Es gebe keine Redezeitbeschränkung, dies wolle auch niemand. Er sei der Ansicht, dass der Rat gute Arbeit leiste.

223 07.010 Budget
 11.220 Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

**2.1.17 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 340-315.00 Übriger Unterhalt durch Dritte;
Reduktion um CHF 9'500.-- Geschäft 3672.3**

Josua Studer, SVP-Fraktion, führt aus, dass man sich anfangs nicht im Klaren darüber war, welche Gebäude denn nun abgerissen werden sollten. Man gehe davon aus, dass die Gemeinde nur die zwei kleinen Hütten abreißen müsse, die grosse Hütte müsse der FC Allschwil entfernen, da sie ihm gehöre.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, erläutert zu den Besitzverhältnissen, dass vor ca. 10 Jahren die Gemeinde die kleinen Baracken vom EMD abgekauft habe. Sie seien damals für CHF 600.-- plus Transportkosten von CHF 1400.-- gekauft worden.

://: Das Postulat wird vom Postulanten **zurückgezogen** und als **erledigt** abgeschrieben.

224 07.010 Budget
 11.220 Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

**2.1.18 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 344-501.04 Street-Soccer-Anlage
Streichung von CHF 105'000.-- Geschäft 3672.17**

Josua Studer, SVP-Fraktion, führt aus, dass die Street-Soccer-Anlage vom Kanton der Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt worden sei. Nun müsse man für den Untergrund CHF 105'000.-- aufwerfen. Ausserdem sei der Standort schlecht gewählt. Es habe schon Widerstand dagegen gegeben.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, namens ihrer Fraktion, hält den Bau der Street-Soccer-Anlage an diesem Ort für richtig. Der FC Allschwil nutze den Ort auch, die Kinder müssten nur über den Bachgraben und wären dann schon im neuen Begegnungszentrum/Robi oder könnten die neuen Sportanlagen benutzen. Die Kinder müssten auch keine Strasse überqueren. Street-Soccer ergänze ideal das Fussballspiel auf dem Rasen. Gerade in der heutigen Zeit sei es wichtig, den Jugendlichen Alternativen für ihre Freizeitgestaltung zu bieten. Mit Sport würden bekanntlich Aggressionen abgebaut. So würden die Jugendlichen dann nicht mehr randalieren. Die CVP unterstütze die Jugendlichen und lehne daher das Budgetpostulat ab.

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, erläutert, dass er namens seiner Fraktion ein nahezu gleich lautendes Postulat eingereicht habe. Er werde nun bereits zum Geschäft reden, so dass die Debatte über beide Postulate gemeinsam geführt werden könne. Er habe aber einen Textänderungsantrag eingereicht. Der Gemeinderat schreibe in seiner Stellungnahme zum

Budgetantrag, dass der Standort ideal sei. Die Mehrheit seiner Fraktion könne diese Ansicht aber nicht teilen. Street-Soccer sei nichts anderes als Strassenfussball. Es werde auf Strassen, Schulhöfen, in Markthallen und sogar in Kaufhäusern gespielt, so sei es einer einschlägigen Website zu entnehmen. Das heisse, dass der Sport auf bestehenden Hartplätzen ausgeübt werde und nicht auf speziell dafür hergerichtete Plätze. Man müsse hierfür nicht extra einen Platz erstellen. Es könne nicht sein, dass man vom Kanton eine Sportanlage geschenkt bekomme und nachher so exorbitante Kosten damit habe. Der Gemeinderat sieht die Anlage auch als Prävention gegen Vandalismus, budgetiere aber gleichzeitig auch den Rückbau der sanitären Anlagen aus Angst vor Vandalismus. Dies sei die Auskunft der Abteilung der Hochbau. Seine Textänderung laute wie folgt:

„Antrag:

Der Betrag von *CHF 105'000.--* ist aus dem Budget zu streichen.

Begründung:

.....(Originaltext, siehe Beilage)

Der im Budget der laufenden Rechnung Konto 340-315.00 ausgewiesene Betrag von Fr. 9'500.- wird zum Rückbau und Entsorgung der Materialbaracke und der WC-Anlage (Eigentum der Gemeinde) verwendet.

Das ehemalige Klubhaus (Eigentum des FCA), wird vom FCA ohne Kostenfolge für die Gemeinde abgerissen und entsorgt. „

Damit seien eine klare Aufzählung der Eigentumsverhältnisse und ein klarer Betrag ausgewiesen. Er bittet den Rat der Textänderung zuzustimmen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vertritt die Mindermeinung seiner Fraktion. Es sei schade, dass die Gemeinde Geld für die Erstellung des Hartplatzes aufwerfen müsse. Leider habe man kein Warenhaus in Allschwil in dem man Fussball spielen könne. Sogar der freiwillige Schulsport werde nun in Frage gestellt. Eventuell gebe es dort sogar eine Mehrentschädigung von den Eltern für die Gemeindekasse, wenn der Kanton nicht mehr mitspüre. Bewegung sei wichtig. Überall gebe es Kampagnen zur Bewegung. In der Freizeit der Kinder sei dies ein grosses Thema. Man könne auch zu dritt oder zu viert auf dem Platz spielen. Er halte dies für eine tolle Sache. Er werde sicher dem Platz zustimmen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist auch der Ansicht, dass Bewegung gesund sei. Er bezweifle aber, dass Sport auf einem solchem Hartplatz wirklich gesund sei. Man habe in Allschwil und Umgebung genügend Auslauf. Die Gemeinde habe bereits ziemlich viel für die Jugend investiert. Er sei im Grunde auch dafür. Aber er sei dagegen, dass man die Jugend verhätschelt. Zum Beispiel sei die Beach-Volleyball-Anlage gar nicht mehr so begehrt. Die Jugendlichen würden jetzt lieber wieder etwas Neues wollen. Es sei einerseits schön, wenn der Kanton solche Anlagen zur Verfügung stelle, aber es sei nicht gut, wenn allein die Erstellung der Infrastruktur zur Benutzung der Anlage CHF 100'000.-- koste. Da müsse man das Kosten-Nutzen-Verhältnis anschauen. Dies sei hier nicht gut. Es sei wieder nur ein Trend, wie die Beach-Volleyball-Anlage. Seine Fraktion könne sich der Haltung der SVP-Fraktion anschliessen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion, hält das Geld für gut investiert. Wenn man mal die Street-Soccer-Anlage nicht mehr benutze, könne man auch etwas anderes darauf spielen. Er wisse, dass die Kinder solche Anlagen suchen würden, auf denen sie gemeinsam etwas machen könnten.

Werner Schwarz, SVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass es die Anlage nicht brauche. In unmittelbarer Nähe befinde sich die Dürrenmatt-Anlage. Diese sei sehr gut genutzt. Dort gebe es auch eine Street-Soccer-Anlage. Es bestehe kein echtes Bedürfnis.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, ist ebenfalls gegen die Ausgabe. Er hält den budgetierten Betrag von CHF 105'000.-- zuviel für zwei Teerplätze. Es gebe andere Orte an denen Street-Soccer gespielt werden könnte. Vielleicht würden sich mit der Einführung von Tempo-30 Zonen weitere Möglichkeiten ergeben. Vielleicht wolle man aber auch neue Parkplätze für die Euro `08 schaffen?

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, stimmt den Bedenken zu. Es gebe in der Dürrenmatt-Anlage bereits eine geeignete Anlage. Ausserdem gebe es dort WC-Anlagen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, widerspricht dem Votum von Bruno Steiger. Die Beach-Volleyball-Anlage sei im warmen Sommer immer gut besucht gewesen. Die Aussage von Bruno Steiger könne höchstens auf den Dezember zutreffen.

://: Das Budgetpostulat wird **mit 22:10 Stimmen überwiesen**.

225 07.010 Budget
 11.220 Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

**2.1.19 Budgetpostulat von Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 344-501.04 Street-Soccer-Anlage
Reduktion um CHF 95'000.-- Geschäft 3672.18**

://: Das Postulat wird vom Postulanten **zurückgezogen** und als **erledigt abgeschrieben**.

226 07.010 Budget
 12.120 Strassen; Betrieblicher Unterhalt

**2.1.20 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 620-501.48 Öffentliche Beleuchtung, Ersatz 2007
Streichung von CHF 150'000.-- Geschäft 3672.19**

Josua Studer, SVP-Fraktion, führt aus, dass man grundsätzlich immer von Lichtverschmutzung spreche. Der Gemeinderat führe zu diesem Postulat aber aus, dass die Lampen offenbar nach unten gerichtet seien und daher keine Lichtverschmutzung zu befürchten sei. Für ihn sei es aber auch störend, wenn die sehr hellen Lampen nach unten gerichtet seien. Unter Umständen sehe man dann nicht mehr, ob jemand aus einer Seitenstrasse komme. Der Lichtkegel von Autoscheinwerfern falle bei den hellen Lampen nicht mehr auf. Da die Sicherheit somit gefährdet sei und es die Rechnung unnötig belaste, bestehende Lampen durch neue zu ersetzen, spreche sich seine Fraktion gegen diese Budgetposition aus.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, erinnert daran, dass man bereits einmal die Erneuerung der Beleuchtung in zwei Tranchen beschlossen habe. Sie sei dagegen, wenn man nun gar nichts mehr machen dürfe. Sie habe bisher immer alle Autos gesehen, die aus Nebenstrassen kommen. Die CVP-Fraktion sei gegen das Postulat.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, gibt der Vorrednerin insoweit Recht, als dass man bereits der Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung zugestimmt habe. Aber dies sei immer auch von der Finanzlage abhängig. Man könne auch gescheiter werden. Er hoffe, dass die Mehrheit des Rates gescheiter und nun sinnvoll Geld sparen werde.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass die Erneuerung der Beleuchtung ohnehin irgendwann fällig sei. Daher sei sie für die Ablehnung des Postulates.

Josua Studer, SVP-Fraktion, vergleicht die Situation mit einem Autokauf. Er kaufe ein neues Auto auch erst dann, wenn es notwendig sei. Nicht schon vorher.

://: Das Budgetpostulat wird **mit 25:10 Stimmen abgelehnt**.

227 07.010 Budget
 12.110 Strassen; Baulicher Unterhalt

**2.1.22 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend
Pos. 720-501.10 Kreisel Baslerstrasse/Grabenring, Sanierung
Streichung von CHF 120'000.-- Geschäft 3672.21**

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, begründet sein Postulat. Die Fraktion der SP/EVP sei der Meinung, dass der Zeitpunkt der Budgetierung falsch gewählt sei. Da der Kanton federführend sei und damit auch den Baubeginn bestimme, bittet er den Gemeinderat, die Kosten für die Sanierung erst dann mit einer Sondervorlage dem Rat zu beantragen, wenn der Kreisel auch tatsächlich in Bau ist. Dann könne man auch mit einer genauen Kostenprognose rechnen. Da die Abwasserkasse in einem sehr gesunden Zustand sei, sollte dies auch zu jeder Zeit problemlos möglich sein. Aus diesem Grund sei der Betrag zu streichen.

Felix Keller, CVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion, dass der Kredit im Budget bleiben sollte. Den richtigen Zeitpunkt zur Auslösung der Arbeiten könnten ja dann die Fachleute bestimmen. Aus diesem Grund solle das Geld mittels Budget zunächst reserviert werde.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, schliesst sich der Vormeinung an. Wenn der Kreisel wirklich kommt, dann benötige man zwingend die hier aufgeführten Vorbereitungsarbeiten. Er gehe auch davon aus, dass die Fachleute den richtigen Zeitpunkt bestimmen sollten. Es sei ein Investitionskredit. Man müsse ihn ja nicht zwingend verwenden. Man sei aber dann flexibel und in der Lage zu handeln.

Josua Studer, SVP-Fraktion, erläutert sein Budgetpostulat zu diesem Konto. Man habe die Auskunft erteilt, dass gewisse Arbeiten im Vorfeld ausgeführt werden müssten, bevor der Kreisel komme. Daher habe die SVP-Fraktion nur eine Streichung um CHF 54'000.-- beantragt. Die Beantwortung der Frage, warum man die Vorarbeiten jetzt schon ausführen wolle, sei sehr dürftig gewesen. Man habe gesagt, einige Arbeiten seien im Voraus notwendig, um den Verkehrsfluss zu gewährleisten. Er glaube aber nicht daran. Da die SP/EVP-Fraktion nun aber die Streichung des ganzen Betrages verlangt, werde seine Fraktion diesem Vorschlag folgen und das Postulat gutheissen. Im Erfolgsfall werde die SVP-Fraktion ihr Postulat zurückziehen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, sieht hier auch ein Indiz dafür, dass man offenbar einen Vorrat anlegen wolle, ohne genau zu wissen, wann die Ausgaben fällig werden. Man wisse im Bauwesen ja nie was kommt. Man müsse hier nicht extra einen Betrag ins Budget einstellen. Im Bedarfsfall könne man in der Rechnung die Ausgaben begründen. Er empfiehlt Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, bei diesem Geschäft in den Ausstand zu treten.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, erinnert daran, dass man zwei Abende lang über die Finanzknappheit diskutiere und dann vorsorglich CHF 120'000.-- ins Budget aufnehme.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, bemerkt hierzu, dass der Betrag in der Investitionsrechnung aufgeführt ist. Dies werde die Rechnung nicht gross verändern. Wenn man aber schon mit der zeitlichen Ungewissheit leben müsse, wann der Kreisel gebaut werde, dann solle man die Voraussetzungen bereits jetzt treffen. Anders wäre es, wenn man den Kreisel gar nicht wolle, dann solle man dies dem Kanton aber auch mitteilen. Man solle hier transparent handeln.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, erläutert einige technische Details. Bei einem Kreiselsneubau oder -sanierung sei es unbedingt notwendig, dass die Gemeinde die Kanalisation vor dem Bau des Kreisels errichtet. Dies sei absolut üblich und bautechnisch nötig. Man müsse zuerst die Schächte bauen, um die Ausführung des Kreiselsbaus nicht zu behindern. Dann sei es nicht entscheidend, wann der Kreisel letztlich gebaut werde. Dies sei ein übliches Bauverfahren.

://: Das Budgetpostulat wird mit **22:10 Stimmen überwiesen**.

228 07.010 Budget
 12.110 Strassen; Baulicher Unterhalt

**2.1.21 Budgetpostulat von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend
Pos. 710-501.10 Kreisels Baslerstrasse/Grabenring, Sanierung
Streichung von CHF 54'000.-- Geschäft 3672.20**

://: Das Postulat wird vom Postulanten **zurückgezogen** und als **erledigt abgeschrieben**.

Jaqueline Holzer, Hauptabteilungsleiterin Finanzen, gibt den Zwischenstand der Budgetberatungen bekannt:

Nach den Budgetpostulaten ergibt sich ein Defizit der laufenden Rechnung von CHF 303'300.-- gegenüber den ursprünglichen CHF 263'300.--.

Bei der Investitionsrechnung ergibt sich gegenüber den ursprünglichen CHF 5'043'000.-- nun ein Betrag von CHF 4'423'000.--.

229 07.010 Budget

2.2 DETAILBERATUNG

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, möchte wissen, mit welcher Teuerung man das Budget berechnet habe. Im Landrat habe man eine Teuerung von 0.3% beschlossen. Üblicherweise übernehme die Gemeinde Allschwil die Teuerung des Kantons.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, gibt dazu die Auskunft, dass man auf den Löhnen immer 1% Teuerung budgetiere, effektiv würde man aber dem Beschluss des Landrates folgen. Der Antrag im Landrat werde sein, dass man auf die vierte GAP-Massnahme verzichtet und dann die aktuelle Teuerung von Oktober - Oktober ausgleichen werde. Beim Sachaufwand arbeite man nicht mit einer Teuerung, da er plafoniert sei.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, meint dazu, dass mit einer Berücksichtigung der Teuerungsdifferenz zwischen 1% und 0.3% das Budget andere Zahlen aufweisen werde. Dann habe man ein Plus. Er frage sich, ob man das nicht vor dem Beschluss einrechnen müsse.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, führt weiter aus, dass die Lohnsumme nicht nur die Teuerung berücksichtigt sondern auch die Lohn- und Erfahrungsstufenanstiege, Beförderungen etc. Man könne dem mal nachgehen, aber er bezweifle, dass dies viel bringe.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, ist der Ansicht, dass die Teuerungsdifferenz zur Kenntnis genommen werden sollte. Unter dieser Berücksichtigung werde sich das Budgetergebnis etwas besser darstellen als ein Minus von CHF 303'300.--.

DETAILBERATUNG

Felix Keller, 2. Vizepräsident, verliest das Budget Kapitelweise.

Einwohnerkasse

Voranschlag 2007

Laufende Rechnung

Seite 11

Seite 14

Seite 19

Seite 25

Seite 30

Seite 32

Seite 36

Seite 38

Seite 38

Seite 40

Seite 41

Seite 45

Seite 47

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Sicherheit

2 Bildung

3 Kultur und Freizeit

4 Gesundheit

5 Soziale Wohlfahrt

6 Verkehr

7 Umwelt und Raumplanung

70 Wasserversorgung

71 Abwasserbeseitigung

72 Abfallbeseitigung

8 Volkswirtschaft

9 Finanzen und Steuern

Investitionsrechnung

Seite 52

0 Allgemeine Verwaltung

Seite	52	1	Öffentliche Sicherheit
Seite	53	2	Bildung
Seite	54	3	Kultur und Freizeit
Seite	55	4	Gesundheit
Seite	55	5	Soziale Wohlfahrt
Seite	55	6	Verkehr
Seite	57	7	Umwelt und Raumplanung
Seite	59	9	Finanzen und Steuern

Jeweils keine Wortmeldungen.

Es folgen Ausführungen von **Andres Linder**, Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt, zur geplanten Erhöhung des Wasserpreises. Er führt aus, dass die Abwasserfinanzierung nicht durch Steuern erfolge, sondern dass die Finanzierung der Abwasser- und Wasseranlagen als Spezialfinanzierung kostendeckend durch Gebühren erfolgen müsse. Ein Aufwandüberschuss müsse durch Mittel aus dem Eigenkapital ausgeglichen werden. Fremdfinanzierte Bilanzdefizite müssten spätestens nach 5 Jahren zurückgezahlt werden. Hierunter falle auch die Fremdfinanzierung durch die Einwohnerkasse. Ein wichtiger Grund für die sich verschlechternde Finanzlage der Abwasserkasse sei, dass man seit 1997 einen fixen Wasserpreis aber einen sinkenden Wasserverbrauch habe. Damit habe der Ertrag stetig abgenommen. Ausserdem sei im Jahr 2002 der Wasserpreis seitens der Industriellen Werke Basel (IWB) erhöht worden und Allschwil beziehe ca. 80% des Wassers von der IWB. Der Rest komme aus Quellen. Ausserdem seien die Energie-, Stahl- und Personalkosten gestiegen. Dies alles habe dazu geführt, dass die Wasserkasse seit 2005 ein Bilanzdefizit habe. Sogar die optimistisch prognostizierte Kostenentwicklung zeige auf, dass das Bilanzdefizit ohne Anpassung des Wasserpreises ständig zunehmen werde. Es bestünde keinerlei Reserve mehr, um mit der Anpassung des Wasserpreises noch zu warten. Ohne Korrektur des Wasserpreises werde das Defizit in der laufenden Rechnung im Jahr 2011 auf CHF 1.7 Mio angewachsen sein. Das Bilanzdefizit werde sich auf CHF 4 Mio. belaufen. Er erläutert die Zusammensetzung der Aufwendungen und Erträge. Weitere Einsparungen beim Sachaufwand seien nicht möglich, man habe in der Vergangenheit schon starke Einsparungen gemacht. Knapp die Hälfte der Mittel werde für die Reparatur von Leitungsbrüchen benötigt. Selbst ganz ohne Sachaufwand hätte man noch ein Defizit im nächsten Jahr von CHF 300'000.--. Eine Reduktion der Investitionen sei nicht ratsam. Zum einen würden sie die laufende Rechnung nicht stark belasten, zum anderen seien Investitionen weiterhin notwendig. Ursache der schlechten Rechnung seien die Amortisationskosten des Bilanzdefizits. Erstes Ziel müsse sein, die laufende Rechnung auszugleichen. Dann müsse man unbedingt wieder Eigenkapital aufbauen. Aus all diesen Gründen müsse der Wasserpreis, als einzige Ertragsquelle, erhöht werden. Mit dem kalkulierten Preis gelange es, die laufende Rechnung auszugleichen. Ein Vergleich mit den anderen Gemeinden zeige, dass man sich auch mit dem erhöhten Wasserpreis im Mittelfeld bewege. Ein Zuwarten mit der Preiserhöhung bis ins Jahr 2008 sei finanztechnisch nicht mehr vertretbar.

PAUSE

INFOFENSTER

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, teilt mit, dass der Gemeinderat schockiert gewesen sei, als er gehört habe, dass der Hochwasserdamm im Mühlitälü teurer werden wird als veranschlagt. Aber direkt betroffen sei die Gemeinde nicht, da ein Pauschalbeitrag von CHF 2.0 Mio geleistet worden sei. Der Landrat werde jetzt darüber diskutieren, ob man allfälliges Sparpotential nutzen wolle oder den Kredit erhöhe. Er gehe von zweiter Variante aus. Der Damm sei genauso gebaut worden, wie geplant. Es sei, entgegen der Zeitungsmeldungen, keine Änderung gegenüber dem seit zwei Jahren bekannten Projekt erfolgt. Einzig das Aushubmaterial des Futuro-Bau in Liestal habe man wegen der dortigen Bauverzögerung nicht verwenden können, dies habe man dazu kaufen müssen. Sicher sei, dass die Gemeinde nicht mehr als den Pauschalbetrag zu leisten bereit sei.

230 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

Dringliche Interpellation betr. „Streichung der Südumfahrung aus dem kantonalen Richtplan“, von U. Pozivil, FDP-Fraktion **Geschäft 3702**

Beantwortung der **dringlichen Interpellation** „Streichung der Südumfahrung aus dem kantonalen Richtplan“:

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, führt aus, dass der Gemeinderat darüber brüskiert sei, dass man die Südumfahrung aus dem Richtplan streichen wolle. Man habe kein Verständnis für den Entscheid. Allschwil solle nicht benachteiligt werden, es gebe bei vielen anderen Gemeinden im Baselbiet Umfahrungsstrassen. Man sei schon benachteiligt, da man keinen Bahnanschluss habe, keine direkte Tramlinie zum Bahnhof SBB, keinen Anschluss an eine Hochleistungsstrasse. Das Projekt sei für Allschwil zukunftsfruchtig. Der Richtplan sei auf lange Zeit ausgerichtet. Wenn man jetzt die Südumfahrung streiche, dann sei das Projekt wohl ein für alle mal gestorben. Die Verkehrsprobleme könne man nicht mehr allein in Allschwil lösen. Die meisten anderen grossen Gemeinden hätten alle eine Anbindung an Hochleistungsverkehrswege.

Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

Frage 1: Steht unser Gemeinderat nach wie vor dazu, dass die Südumfahrung im Richtplan bleiben muss?

Ja, der Gemeinderat steht nach wie vor dazu.

2. Ist unser Gemeinderat bereit, bei der Baselpolier Bau- und Umweltschutzdirektorin Elsbeth Schneider und dem Baselpolier Regierungsrat entsprechend zu intervenieren, damit die Südumfahrung im Richtplan bleibt?

Ja, der Gemeinderat werde intervenieren. Ein Brief ist bereits in Vorbereitung.

3. Ist der Gemeinderat auch unserer Meinung, dass diese kantonale Windfahnenpolitik der Rechts- und Planungssicherheit abträglich ist?

Ja, auch der Gemeinderat hat kein Verständnis für dieses Verhalten. Der Gemeinderat werde sich nach wie vor für die Südumfahrung einsetzen.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat Vogt für die klare Antwort. Er beantragt daher keine Diskussion.

Es folgen die Abstimmungen über die Anträge des Gemeinderates zum Voranschlag der Einwohnerkasse pro 2007:

Antrag 1:

Voranschlag der Einwohnerkasse für das Jahr 2007

Genehmigt mit 33:2 Stimmen.

Verena Meschberger, Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, äussert sich wie folgt: Bei allen Budgetpostulaten zur Senkung des Steuerfusses sei die Hauptbegründung immer gewesen, man wolle damit neue Anwohner nach Allschwil locken. Bei einer Gemeinde wie Allschwil, welche mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut bis sehr gut erschlossen sei, mit Ausnahme der Direktverbindung zum Bahnhof und der Problematik Südumfahrung, brauche es auch noch andere Überlegungen, welche dazu führen können, dass man nach Allschwil ziehe oder nicht. Der Einwohnerrat sei vom Volk als seine Vertretung gewählt worden, um dem Willen des Volks möglichst nachzuleben. Offenbar habe sowohl der Gemeinderat als auch der Einwohnerrat den Willen des Volkes aber falsch eingeschätzt. Sonst hätte der Souverän nicht zwei Vorlagen abgelehnt. Diese zwei Vorlagen hätten der Gemeinde jährlich CHF 1.2 Mio. eingebracht, in späteren Jahren noch mehr. Nun müssten alle Einwohner die Folgen tragen. Man sei bei den Finanzen in einer Situation, wo man nicht noch mehr Einsparungen vornehmen könne. Die Zitrone sei nicht nur ausgepresst, sie sei vertrocknet. Die Senkung des Steuerfusses könne zurzeit nicht in Frage kommen. Das Defizit der laufenden Rechnung, das minimal bessere Eigenkapital und der niedrige Zinssatz für Fremdkapital erlaube es im Moment, den Steuerfuss beizubehalten. Im Namen der FiReKo bittet sie, das Budgetpostulat zur Senkung des Steuerfusses abzulehnen.

Geschäft 3672.22

Budgetpostulat von **Josua Studer**, SVP-Fraktion, betr. Voranschlag 2007 der Einwohnerkasse (Festsetzung des Steuerfusses für die Natürlichen Personen), Festlegung auf 57% der Staatssteuer.

Josua Studer, SVP-Fraktion, führt aus, dass ein grosser Teil der Ausgaben fremdbestimmt sei. Bei demjenigen Teil, der durch den Rat bestimmbar sei, habe man die Chance zum Sparen heute leider ausgelassen. Man habe sogar das Defizit noch vergrössert. Die SVP-Fraktion habe zehn Budgetpostulate eingereicht. Mit diesen zehn Postulaten hätte man fast eine Million Franken einsparen können. Mit dem zehnten und letzten Postulat verlange die SVP-Fraktion nun eine Steuersenkung, auch wenn die Chancen für eine Annahme nun schlecht seien. Getreu dem Motto der SVP „weniger Gesetze, weniger Steuern, weniger Gebühren“ fordere man nun die Senkung um 1%. Zudem denke er, dass zum Beispiel auch bei den Abfallgebühren oder dem Wasserpreis etwas zu machen sei.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen, weist nochmals auf den Finanzplan hin. Eine Steuersatzreduktion um ein 1% ergebe einen Ertragsausfall von CHF 650'000.--. Dies könne die Gemeinde nicht verkraften. Es hätte zur Folge, dass jedes Folgejahr einen Mehraufwand bringe, nie ein Plus. Man könne dann nie Eigenkapital bilden

und keine Schulden abbauen. Der Gemeinderat sei der Entwicklung im Finanzplan von wachsenden Steuereinnahmen ausgegangen. In den nächsten Jahren gehe man von einem Plus von CHF 3.3 Mio aus. Dies sei aber eine sehr optimistische Annahme unter der Berücksichtigung der Steuerreform und den Folgen des Finanzausgleichs. Bei der Steuergesetzrevision für natürliche Personen müsse man eigentlich mit Mindereinnahmen rechnen, aber man gehe davon aus, dass dies mit Mehreinnahmen wegen des neuen Lohnausweises kompensiert werde. Auch bei der Unternehmenssteuerreform rechne man mit Mindereinnahmen von ca. CHF 500'000.--. Die Ertragssteuer solle unverändert bleiben. Eine Senkung des Steuersatzes wäre absolut nicht zu verantworten. Sie beantragt die Ablehnung des Budgetpostulates.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, meint, dass man offenbar der Wirtschaft entgegenkommen wolle, den Privaten aber nicht. Im Bezirk Arlesheim habe man einen sehr hohen Steuerfuss im Vergleich mit anderen Gemeinden. Es wäre doch attraktiv, wenn man den Steuerfuss senken würde. Man müsse halt zuerst säen, bevor man ernten könne. In Allschwil sei man ja daran, attraktiven Wohnraum zu erstellen. Dann brauche man auch neue Steuerzahler die in Allschwil wohnen wollen. Er ist der Ansicht, die Zitrone sei noch nicht ausgepresst. Man müsse nicht immer neu investieren, wenn Geld da sei. Seine Fraktion setze sich seit Jahren für einen attraktiveren Steuerfuss ein. Viele Investitionen seien gar nicht nötig. So auch der Staudamm. Hätte man die Bäche ordentlich geputzt, gebe es keine Überschwemmungen und der Damm wäre nicht nötig. Die SD-Fraktion unterstützt das Postulat zur Steuersenkung.

Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, geht mit Bruno Steiger insoweit einig, als dass man prinzipiell nicht mehr Geld ausgeben könne als man habe. Das Eigenkapital sei sehr gering. Eine Steuersenkung würde die Situation aber verschlimmern, innert kürzester Zeit würde Allschwil „am Hungertuch nagen“.

://: Das Budgetpostulat wird **mit 25:10 Stimmen abgelehnt**.

Antrag des Gemeinderats

Festsetzung des Steuerfusses auf 58 % der Staatssteuer, **angenommen mit 25:10 Stimmen**.

Steuersätze für juristische Personen

Kapitalgesellschaften/Genossenschaften	Ertrag	5.0%
	Kapital	5.0‰

mit 32:0 Stimmen.

Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen	Ertrag	58% der Staatssteuer
	Kapital	5.0‰

mit 32:2 Stimmen.

Holdinggesellschaften	a) Liegenschafts- Nettoertrag	58% der Staatssteuer
-----------------------	----------------------------------	----------------------

mit 32:2 Stimmen

	b) von ausländ. quellenbest. Einkommen	5.0%
--	--	------

mit 34:0 Stimmen

mit 34:0 Stimmen. c) Kapital 0.25‰

Domizilgesellschaften Kapital 1.0‰

mit 33:0 Stimmen.

Festsetzung der **Feuerwehrsteuer** pro 2007 auf 6% **mit 33:1 Stimmen.**

Verena Meschberger, Präsidentin der FiReKo, dankt Jacqueline Holzer, Hauptabteilungsleiterin Finanzen, und Andres Linder, Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt, für die erklärenden Ausführungen zum Budget und zum Wasserpreis. Es stehe für die FiReKo ausserhalb jeder Diskussion, ob man den Wasserpreis nun anpassen müsse oder nicht. Man hätte eigentlich bereits vor drei oder vier Jahren den Preis anheben müssen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, stellt sich die Frage, warum man denn nicht schon vor drei oder vier Jahren eine Erhöhung beantragt habe. Diese Versäumnis sei aber allen anzurechnen, dem Einwohnerrat, der FiReKo, dem damaligen Vorsteher Tiefbau/Umwelt, dem damaligen Vorsteher Finanzen und auch bei der jetzigen Vorsteherin Finanzen hätte man erwarten können, dass schon früher ein entsprechender Antrag kommt. Allein der jetzige Vorsteher Tiefbau sei erst seit einem Jahr im Amt und deshalb aus der Kritik. Alle sollten sich eingestehen, dass man „verschlafen“ habe, auf die Umstände und die Tendenz zu reagieren. Nun sei der allerletzte Zeitpunkt da. Daher hätten alle ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Er bittet, diese Erkenntnis für die zukünftige Arbeit mitzunehmen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, hält die Situation ebenfalls für unglücklich. Man habe eigentlich keine andere Wahl, als den Wasserpreis zu erhöhen. Man müsse jetzt in den sauren Apfel beißen. Er hoffe, dass dies in Zukunft nicht mehr passieren werde. Es tue ihm leid, aber auch er werde der Erhöhung zustimmen müssen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, möchte wissen, ob die Erhöhung langfristig stabil bleiben werde, oder ob mit dem neuen Reglement mit einer nochmaligen Gebührenerhöhung zu rechnen sei. Dann solle man diese lieber auch gerade mit einberechnen.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, kann hierzu sagen, dass die Totalrevision kostenneutral sein werde. Nicht voraussagen könne man aber, ob die IWB die Wasserpreise erhöhen wird. Diese Erhöhung müsste man dann an die Kunden weitergeben.

Robert Richner, FDP-Fraktion, führt aus, dass die FiReKo seit Jahren immer wieder getrennte Finanzpläne gefordert habe. Auch auf die finanzielle Situation habe man hingewiesen. Ein Abschätzen der Entwicklung sei aber sehr schwer gewesen. Dies sei nun einfacher.

Abstimmung

Die Festsetzung des **Wasserverkaufspreises** pro 2007 auf CHF 1.85 pro m³ zuzüglich 2.4% MWST aufgrund des effektiven Verbrauchs wird **mit 35:1 Stimmen gutgeheissen.**

Christoph Morat, Ratspräsident, bedankt sich bei den Räten für die engagierten Voten und wünscht allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Jahreswechsel.

Ende der Sitzung: 20.30 Uhr